

2007

BUND
FREUNDE DER ERDE

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland
IV/NRW e.V.

Der BUND in Nordrhein-Westfalen Jahresbericht 2007



Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.

www.bund-nrw.de

Düsseldorf, März 2008

Vorwort

Umwelt schützen. Natur bewahren.

Kohleboom gefährdet Klimaschutz: Widerstand gegen Kraftwerke und Tagebaue

Gentechnik, Nachwachsende Rohstoffe, Subventionsdschungel: Fehlentwicklungen verhindern

Gewässer-, Natur- und Freiraumschutz: Biodiversität erhalten

Abfallpolitik und Immissionsschutz: Umweltstandards und Risikovorsorge sichern

Unabhängig. Politisch und finanziell.

BUNDland NRW

»...und jetzt noch die Erde retten« -
die BUNDjugend NRW

Finanzen des BUND NRW e.V.

Wir über uns: Das BUND-Team 2007

Titelfoto:

Der Argusbläuling (Plebeius argus L.) wurde von der BUND NRW Naturschutzstiftung Ende 2007 zum Schmetterling des Jahres 2008 gekürt. Foto: D. Sommerfeld

Liebe LeserInnen,

der BUND Landesverband NRW e.V. hat im April 2007 einen neuen Vorstand gewählt, eine gute Mischung aus erfahrenen und jüngeren Menschen. Klaus Brunsmeier, neun Jahre lang erfolgreicher Landesvorsitzender, bleibt uns als Schatzmeister erhalten und ist seit dem Jahresende stellvertretender Bundesvorsitzender. Mit gemischten Gefühlen habe ich mich der Aufgabe als Landesvorsitzender gestellt. Hierbei wurde ich aber ermutigt und gestärkt durch ein solidarisches und engagiertes Vorstandsteam und die kompetenten und erfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle an meiner Seite sowie durch den großen Vertrauensbeweis der Landesdelegierten.

Es war ein spannendes erstes Jahr mit vielen interessanten Begegnungen und dem Kennenlernen von aktiven BUND-Menschen im ganzen Land, deren vielfältige Arbeit vor Ort mich sehr beeindruckt hat. In zahlreichen Kreisen und Kommunen sind BUND-Aktive präsent mit konkreter Naturschutzarbeit und mit Widerstand gegen verfehlte Planungen. Dies wird durch die überall angekommene Diskussion der weltweiten Klima- und Umweltproblematik deutlich wahrgenommen und drückt sich auch in steigenden Mitgliedszahlen des Landesverbandes aus.

Zur Kenntnis nehmen muss man aber, dass trotz gestiegenen Umweltbewusstseins die zerstörerischen Entwicklungen anhalten. Wirtschaftliches Wachstum ist weiter angesagt, gleichbedeutend mit Landschaftsfraß und Naturzerstörung, mit noch mehr Straßen, Flugverkehr, Ausbau der Flughäfen, neuen Kraftwerken usw. An zahlreichen Stellen im Land haben wir als BUND hier gegenhalten müssen. Dem stehen die hehren Bekenntnisse der Politik zum Klimaschutz, Naturschutz und zur Biodiversität gegenüber, die aber keine Rolle mehr spielen, wenn Kommunen z.B. mehr Bauland und weitere Gewerbeflächen ausweisen wollen – trotz eindeutiger und anhaltender demographischer Entwicklung hin zu geringeren Einwohnerzahlen. Das erfolgreiche BUND Projekt *Zukunftsfähige Flächennutzung in NRW* hat diese Fehlentwicklungen aufgezeigt, konkrete Lösungsvorschläge erarbeitet und dazu beigetragen, dass in einigen Kommunen auf überzogene Baulandausweisungen verzichtet wurde.

Alle BUND-Mitglieder und die meisten Menschen im Land haben wahrgenommen, mit welchem Engagement sich unser Landesverband dem Schwerpunktthema »Klimaschutz« gewidmet hat. Dies zeigte sich im Kampf gegen den Braunkohletagebau, der sich auf unserer

Obstwiese symbolhaft zuspitzte, auf der Demo gegen das Kraftwerk Neurath im Dezember, aber auch in der Präsenz des BUND vor Ort bei nahezu allen Kraftwerksplanungen im Lande. Hier ist der BUND erkennbar der Umweltverband mit der größten Kompetenz, beachtlichem Durchhaltevermögen und hoher Resonanz in den Medien.

Darüber hinaus haben wir zahlreiche weitere »Baustellen« bearbeitet. Der Orkan Kyrill hat 2007 gezeigt, wie sehr das, was sich bei uns Wald nennt, unter den Folgen des Klimawandels leidet. Vor diesem Hintergrund forderte der BUND in NRW ein radikales Umdenken in der Waldwirtschaft: Weg von den Fichtenplantagen, hin zu natürlich aufgebauten und ökologisch stabilen Wäldern mit angepassten Baumarten. Weitere Themen waren: Mehr Gewässerschutz durch konsequentere Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie, Aufklärung des PFT-Skandals an Ruhr und Möhne, verstärkte Umweltbildung in der Offenen Ganztagsschule, Kampf gegen die verheerende Novellierung des Landschaftsgesetzes sowie die unsinnigen Reformen in der Forstwirtschaft und der Umweltverwaltung des Landes. An vielen Fronten mussten wir uns gegen die Zumutungen dieser Landesregierung zur Wehr setzen.

Dieser Jahresbericht gibt einen Überblick hierzu und beleuchtet einige Konflikte etwas genauer, weist aber auch Erfolge unserer Arbeit nach, die uns weiter Mut machen.

Ich danke allen von Herzen, die uns aktiv oder auch fördernd unterstützt haben für ihr Engagement. Bitte arbeiten sie weiter mit uns und bleiben sie uns gewogen, Umwelt- und Naturschutz brauchen uns.

Herzlichst

Ihr



Paul Kröfges, BUND-Landesvorsitzender

Foto: D. Jansen

Umwelt schützen. Natur bewahren.

Die ersten beiden Jahre einer Legislaturperiode sind gewöhnlich die Zeit, in der Regierungen unpopuläre und gegen starke Lobbygruppen gerichtete Entscheidungen treffen und durchsetzen können. Danach stellen sich die Politikerinnen und Politiker wieder auf den Wahlkampf ein und darauf, ihre Klientel eher mit Geschenken als mit Belastungen zu »überraschen«. Anders in NRW.

Die schwarz-gelbe Regierung hat diese Legislaturperiode von Anfang an genutzt, viele vorher in mühsamer Arbeit errungene Erfolge des Umwelt- und Naturschutzes zu »korrigieren«. Ob Abbau von Umweltstandards, die Beseitigung von Beteiligungsrechten, Rückschritte beim Naturschutz und Stillstand bei der Luftreinhaltung: Überall bedient Schwarz-Gelb hemmungslos die Interessen von Großindustrie und Wirtschaft. Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen tritt dabei vollständig in den Hintergrund.

Am auffälligsten wird dies im Bereich der Energiepolitik. Trotz fortschreitenden Klimawandels setzt diese Landesregierung unvermindert auf den »Klimakiller Kohle«. Anstatt auf zukunftsfähige Alternativen zu bauen, wird dazu unverhohlen eine Renaissance der Atomenergie herbeigeredet.

Man kann also nicht behaupten, die Landesregierung sei untätig. Im Gegenteil: Sie setzt – auch unter dem Deckmantel eines vermeintlichen Bürokratieabbaus – eine beispiellose Demontage des Umwelt- und Naturschutzes durch. Für den Rest der Legislaturperiode bis 2010 scheint die Landesregierung an diesem Kurs festhalten zu wollen.

Doch der Widerstand gegen diese Politik wächst. Der BUND-Landesverband war und ist in den zentralen umweltpolitischen Themen durch seine entsprechende Schwerpunktsetzung gut aufgestellt. Und wir sind nicht (mehr) allein. Ob mit der Gründung starker Allianzen oder der Bildung kommunaler und landesweiter Aktionsbündnisse: Landauf, landab schließen sich die Umweltbewegten mit dem BUND zusammen, um gemeinsam für ein lebenswertes NRW zu kämpfen.

Der Einsatz für mehr Klimaschutz, der Erhalt einer gentechnikfreien Landwirtschaft, der Schutz unserer Gewässer und beispielhafte Projekte zum Erhalt einer artenreichen Natur bestimmten die BUND-Arbeit in 2007. Dass wir dabei trotz der gegenteiligen Politik der Landesregierung durchaus die Unterstützung der Bevölkerung genießen, belegt die vom Bundesumweltministerium Ende 2006 vorgelegte Studie »Umweltbewusstsein in Deutschland 2006«. Danach halten 93 Prozent der Befragten Umweltschutz für wichtig.

Trotz mancher Rückschläge fühlt sich der BUND deshalb in seinem konsequenten Kurs bestätigt. Unsere Aufgabe bleibt es, auf allen Ebenen für mehr Umwelt- und Naturschutz zu streiten. Dieser Aufgabe werden wir uns auch weiterhin stellen.



»Umwelt schützen – Natur bewahren«: Der BUND setzt sich seit 1976 in NRW für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

Foto: M. Groß

Kohleboom gefährdet Klimaschutz: Widerstand gegen Kraftwerke und Tagebaue

Nordrhein-Westfalen bleibt mit dem jährlichen Ausstoß von 292 Millionen Tonnen Kohlendioxid der Klimakiller Nr. 1 in Deutschland. Von diesen energiebedingten Emissionen entfällt mehr als die Hälfte auf die Kohle, allein die RWE-Braunkohlekraftwerke im Rheinland sind für jährlich 96,2 Millionen Tonnen des Treibhausgases verantwortlich. Das Rheinland bleibt damit die größte CO₂-Quelle Europas; ein knappes Drittel aller kraftwerksbedingten Kohlendioxidemissionen Deutschlands stammt aus den RWE-Schloten im Rheinischen Revier. Dazu kommen 68 Millionen Tonnen Kohlendioxid-Ausstoß durch die 20 Steinkohlekraftwerke an Rhein, Ruhr und Lippe.

44% aller vom Emissionhandel erfassten Treibhausgase stammen somit aus Nordrhein-Westfalen. Die Braunkohle als klimaschädlichster Energieträger hat einen Anteil an der NRW-Bruttostromerzeugung von etwa 45 %. Allen Klimaschutzappellen zum Trotz sind die braunkohlebedingten CO₂-Emissionen seit 1990 um etwa 9 % angestiegen.

Weitere 35 % der Stromerzeugung entfallen auf die Steinkohle, nur 12 % auf das weit weniger klimaschädliche Gas. Die Nutzung der Energieträger bleibt dabei sehr ineffizient: der Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung liegt bei 11,6 %.

Auch der Anteil der Erneuerbaren Energien ist mit gerade einmal 2,6 % mehr als bescheiden. Umso unverständlicher ist es daher, mit welcher ideologischen Verbissenheit eine große Koalition aus CDU, SPD und FDP trotz fortschreitenden Klimawandels unverdrossen am »Klimakiller Kohle« festhält. Doch Politik und Konzerne verspüren verstärkt Gegenwind. Der BUND macht mit seiner breit angelegten Klimaschutz-Kampagne gegen den Kohleboom mobil und wirbt für zukunftsfähige Energiestrukturen.



Kohleboom trotz Klimakollaps

Der Klimawandel ist Realität: Ob Hitzerekorde oder Jahrhundertflut, schneefreie Winter oder tödliche Orkane - der menschengemachte Treibhauseffekt zeitigt längst katastrophale Folgen - auch in NRW.

Trotzdem haben EnBW, E.on, RWE, Vattenfall und andere Energieunternehmen für die nächsten Jahre Kraftwerksneubauten mit insgesamt 40.000 Megawatt Leistung angekündigt. Mittlerweile soll deutschlandweit in mindestens 28 neuen Kraftwerken der Klimakiller Braun- oder Steinkohle verbrannt werden. Allein 12 dieser unzeitgemäßen fossilen Kraftwerke waren in 2007 in Nordrhein-Westfalen geplant. Der projektierten Neuanlage einer elektrischen Kraftwerksleistung von fast 12.000 Megawatt stehen allerdings nur angekündigte Stilllegungen in Höhe von 5.000 Megawatt gegenüber.

Eine Realisierung dieser Kraftwerksprojekte würde unterm Strich eine Erhöhung der CO₂-Emissionen um 30 Mio. t/a bedingen. Alle Bekenntnisse der Bundesregierung zum Klimaschutz würden damit Makulatur, und wir steuerten mit Vollgas in die Klimakatastrophe.

An vielen Orten regt sich daher Widerstand. Der BUND setzt sich für sinnvolle Alternativen ein, klärt auf, protestiert.

Zum Beispiel in Düsseldorf: Dort gründete der BUND gemeinsam mit anderen Akteuren das *Aktionsbündnis Sauberer Strom am Rhein* - ASTR(H)EIN. Mit Demos, Info-Veranstaltungen und Ökostromwechsellpartys mischt sich ASTR(H)EIN massiv in die Diskussion um den geplanten Bau eines Steinkohlekraftwerks im Düsseldorfer Hafen ein.

Auch in Krefeld, Hamm, Herne und Lünen ist der BUND aktiv, begleitet sachkundig die Genehmigungsverfahren für neue Klimakiller-Kraftwerke und zeigt umweltfreundliche Alternativen auf. Mit zahlreichen Vorträgen



Astr(h)einer Protest gegen neues Steinkohlekraftwerk in Düsseldorf. Mehr: www.duesseldorf-astrhein.de.
Foto: W. Görtz

war der BUND landauf landab an den »hot spots« präsent.

Der Einsatz lohnt sich: In Bielefeld und Köln wurde das definitive Aus für die Steinkohle-Kraftwerksplanungen verkündet. In Krefeld hat der Stadtrat den Bau eines 750 MW-Kraftwerks nach heftigen Protesten von BUND und Bürgerinitiativen vorerst gestoppt.

Bislang nicht gestoppt werden konnte der Bau des 1.050 MW-E.ON-Kraftwerks in Datteln. Gemeinsam mit den örtlichen Aktiven um Thomas Krämerkämper und Claudia Baitinger hat der BUND deshalb Klage eingereicht. Nach einem vom Oberverwaltungsgericht Münster verhängten vorläufigen Baustopp arbeitet der Energiemulti E.ON nun auf eigenes Risiko, denn die Richter verpflichteten den Vorhabensträger zur vollen Kompensation für den Fall, dass die BUND-Klage letztendlich Erfolg hat. Für 2008 zeichnen sich weitere Klageverfahren ab. Das geplante Evonik-Kraftwerk in Herne und das 750 MW-Trianel-Kraftwerk in Lünen sind dabei die »heißesten« Kandidaten.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/kohlekraftwerke.htm



Grevenbroich-Neurath kamen ca. 3.000 Klimaschützer. Hauptforderungen war der Stopp neuer Kohlekraftwerke und eine zukunftsfähige Energiepolitik.

Im Schatten der beiden existierenden RWE-Braunkohlekraftwerke Frimmersdorf und Neurath kritisierten die Umweltschützer das bisherige Versagen von Politik und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Allein diese beiden Kraftwerke pusteten alljährlich etwa 40 Millionen Tonnen des Treibhausgases Kohlendioxid in die Luft – ein Viertel der kraftwerksbedingten CO₂-Emissionen NRWs. Damit ist Grevenbroich die CO₂-Hauptstadt Europas.

Doch anstatt diese Klimakiller stillzulegen, entsteht derzeit in Neurath ein weiteres Braunkohlekraftwerk. Ab 2010 sollen dort insgesamt mehr als 35 Mio. t CO₂ jährlich in die Luft geblasen werden. Neurath würde damit das RWE-Kraftwerk Niederaußem als größten Klimakiller Europas ablösen.

BUND und *klima-allianz nrw* erwarten von der Landesregierung, sich endlich ohne Wenn und Aber und ohne Hintertürchen zu den CO₂-Reduktionszielen der Bundesregierung zu bekennen und 2008 ein NRW-Energie- und Klimaschutzkonzept vorzulegen, das diesen Namen auch verdient.

Mit den BUND-Forderungen konfrontiert bestand NRW-Ministerin Christa Thoben allerdings auf einer Sonderrolle NRWs: Die Klimaschutzziele der Bundesregierung dürften für das »Energie-land Nr.1« nicht gelten.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/klimaaktionstag_neurath.htm

Großdemo für Klimaschutz

Zigtausend Menschen haben am 8. Dezember 2007 – dem globalen Klimaaktionstag – in Deutschland für mehr Klimaschutz demonstriert. Allein zu der vom BUND gemeinsam mit der „*klima-allianz nrw*“ organisierten Großkundgebung am RWE-Braunkohlekraftwerk

»Klimaschutz jetzt« – etwa 3.000 DemonstrantInnen folgten dem Aufruf von BUND und *klima allianz nrw* zur Kundgebung an der Baustelle des RWE-Braunkohlenkraftwerks in Grevenbroich-Neurath.

Foto: P. Steuer / *klima allianz nrw*



Kampf gegen Garzweiler

Der Widerstand gegen Braunkohletagebaue ist nun schon seit 20 Jahren ein Themenschwerpunkt des BUND. Ebenso lange kämpft der BUND auch schon gegen den Braunkohletagebau Garzweiler II. In 2007 begann die entscheidende Runde dieses Kampfes »David gegen Goliath«.

Auch wenn im Juni 2006 der offizielle Aufschluss von Garzweiler II erfolgte, blieb dieser Tagebau ein »virtuelles Loch«. Denn der BUND verteidigte weiter seine Obstwiese, die den Übergang von Garzweiler I zu Garzweiler II blockiert. Durch die Klage gegen den Grundabtretungsbeschluss (»Zwangsentziehung«) bleibt der BUND auch bis auf Weiteres Eigentümer des Grundstücks.

Um die Wiese dennoch zum 2. Januar 2008 zerstören zu können, beantragte RWE Power im Juli 2007 bei der Bezirksregierung Arnsberg die so genannte »vorzeitige Besitzzeiweisung«. Das Bundesberggesetz eröffnet der Bergbautreibenden diese Möglichkeit, damit ungeachtet laufender Klagen gegen die Zwangsentziehung dennoch Fakten geschaffen werden können. Die RWE Power AG begründet ihren Antrag damit, dass nur so der »sinnvolle und planmäßige Abbau der Lagerstätte« gesichert werden könne. Wenn das BUND-Grundstück nicht zum 2. Januar 2008 für Zwecke des Bergbaus in Anspruch genommen werden dürfte, sei das Allgemeinwohl schwerwiegend beeinträchtigt. Durch einen Aufschub des Vorhabens bis zur Rechtskraft des Enteignungsbeschlusses würden dem Wohl der Allgemeinheit wesentliche Nachteile entstehen, so das RWE.

Der BUND hält diese Argumentation für geradezu zynisch. Eine stärkere Beeinträchtigung des Allgemeinwohls als die Gewinnung und Nutzung der Braunkohle ist kaum denkbar. Folgerichtig legte der BUND daher auch Klage gegen die von der Bezirksregierung Arnsberg im August verfügte »Zwangsräumung« ein.

Ein »Weihnachtsgeschenk der besonderen Art« gab es dann am 21. Dezember. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) des Landes Nordrhein-Westfalen in Münster wies die Klagen des BUND und einer Privatperson gegen die Zwangsentziehung bzw. Rahmenbetriebsplanzulassung ab. In beiden Fällen wurde eine Revision nicht zugelassen.



BUND-Widerstand gegen Garzweiler: 10 Jahre lang trotzte die Obstwiese den immer näher rückenden Braunkohle-Baggern. Foto: S. Günthner

Dass die Richter in der Urteilsbegründung eine 20 Jahre alte energiepolitische Leitentscheidung der Landesregierung zur Begründung der heutigen energiepolitischen Notwendigkeit des Tagebaus heranzogen, wertete der BUND angesichts der aktuellen Klimadebatte als »abenteuerlich«. Der BUND war nicht gewillt, dieses »Unrechtsurteil« hinzunehmen und kündigte Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision an. Jetzt muss also das Bundesverwaltungsgericht entscheiden. Dessen ungeachtet rollten am 2. Januar 2008 die Bagger an der Obstwiese an, wo sie auf ein Widerstandscamp des BUND trafen.

Für den BUND ist der »Fall Garzweiler« nicht nur ein Beispiel für die völlig verfehlt Energiepolitik von Bund und Land, sondern auch Lehrstück über eine anachronistische, undemokratische Gesetzgebung. Das in der Tradition des Preußischen Bergrechts von 1865 stehende Bundesberggesetz gehört endlich auf den Prüfstand (»Bergrecht bricht Grundrecht«). Der BUND NRW hat deshalb eine bundespolitische Initiative zur Beseitigung dieses rechtlichen Missstandes gestartet.

Mehr Infos:

www.bund-nrw.de/obstwiese_garzweiler.htm

Stärkt die Widerstandskräfte:

„Garzweiler Flächenbrand“ – ein edler Tropfen

Nachdem die Apfelernte 2006 auf der BUND-Obstwiese im vom Tagebau Garzweiler unmittelbar bedrohten Gebiet höchst erfolgreich verlaufen war, präsentierte der BUND in 2007 eine einzigartige Rarität: den »Garzweiler Flächenbrand«. Dieses feine Bio-Destillat aus den »Früchten des Zorns« weist bekömmliche 40 Volumen-Prozente Alkohol auf und ist in den Flaschengrößen 0,1 l sowie 0,35 l erhältlich.

Einen Wermutstropfen gibt es allerdings: Der feine Apfelbrand ist nur in sehr begrenzter Menge verfügbar. Die Apfelernte 2007 fiel komplett einem frevelhaften Diebstahl zu Opfer. Der BUND erstattete Strafanzeige – jedoch vergeblich. Wer sich noch das eine oder andere Fläschchen sichern will, sollte sich also beeilen.



D. Jansen

Hambach: A 4-Verlegung vor dem Bundesverwaltungsgericht

Im langjährigen Streit um die tagebaubedingte Verlegung der Bundesautobahn A 4 zwischen Kerpen und Düren muss jetzt das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entscheiden. Ende Dezember 2007 hat der BUND mit der Unterstützung der *Aktionsgemeinschaft der Bürgerinitiativen gegen die Verlegung der A 4 e.V.* Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss des Verkehrsministeriums eingelegt.

Zum Hintergrund: Um Fakten für die Fortführung des Tagebaus Hambach bis 2040 zu schaffen, hatte RWE Power sich bereits 1995 einen Rahmenbetriebsplan für den Tagebau genehmigen lassen, der etwa 300 m über die bestehende A4-Trasse hinausgeht. Diese würde danach etwa in 2017 in Anspruch genommen, weshalb eine Verlegung notwendig würde. Bei dieser Gelegenheit soll die Autobahn dann gleich auf sechs Streifen erweitert werden. Nachdem der BUND letztendlich beim Bundesverfassungsgericht mit seiner Klage gegen die Rahmenbetriebsplanzulassung gescheitert war, hoffen wir nun, eine Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses für die Autobahn zu erreichen.

Ziel ist es, dass die Autobahn da bleibt, wo sie ist. Denn für die betroffenen Kommunen entlang der geplanten neuen Trasse zeichnet sich ein wahres Horrorszenario ab. So soll in unmittelbarer Ortsrandlage von Kerpen-Buir nicht nur der 450 m tiefe Tagebau enden, sondern die gleichfalls verlegte Hambachbahn mit 288 Zugbewegungen täglich, eine sechsspurige Bundesautobahn und die Grubenrandstraße verlaufen. Daneben sorgt die DB-Strecke Köln-Aachen schon jetzt für viel Lärm. Tausende Bürgerinnen

und Bürger in Arnoldsweiler, Ellen, Buir und Kerpen würden zusätzlichen inakzeptablen Lärm- und Feinstaubbelastungen ausgesetzt. Mehr als 350 Haushalte würden derart nachhaltig verlärmert, dass ein Aufenthalt im Freien oder Schlafen bei offenen Fenster unmöglich würde.

Dazu kämen katastrophale Auswirkungen für die Natur. Der Großteil des ursprünglich 4.500 Hektar großen, ökologisch einzigartigen Hambacher Forstes ist schon jetzt dem Tagebau zum Opfer gefallen. Käme die Autobahn, würden auch noch die unter dem Schutz der europäischen FFH-Richtlinie stehenden Restflächen der Steinheide entwertet. Zwar hat der BUND im laufenden Verfahren den von uns als »Gipfel planerischen Irrsinns« titulierten Bau einer Park- und WC-Anlage im Bereich des sensiblen Naturschutzgebietes verhindern können und – neben anderen Verbesserungen – auch die erste Autobahn-Grünbrücke Nordrhein-Westfalens durchgesetzt. Trotz allem würde die Autobahn aber zur »Todesfalle für die Bechsteinfledermaus«. Dies bescheinigt dem BUND ein Gutachten des Instituts für Zoologie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Angesichts der einzigartigen naturschutzfachlichen Bedeutung der Bechsteinfledermauskolonie im Gebiet Steinheide/Nörvenicher Wald führe die Kombination der Beeinträchtigungen durch die Verlegung der A 4 nicht nur zu einem deutlich erhöhtem Aussterberisiko, sondern auch dazu, dass sich der Erhaltungszustand der Bechsteinfledermaus im Naturraum Niederrheinisches Tiefland und Kölner Bucht derart verschlechtere, dass die Art im ganzen Naturraum an den Rand der Ausrottung gerät.

Mehr Infos: http://www.bund-nrw.de/A4_Verlegung.htm



Kahlschlag für Braunkohle: 3.500 Hektar Wald wurden durch den Tagebau Hambach bereits vernichtet. Jetzt sollen auch noch die Restflächen durch die verlegte Autobahn entwertet werden.

Fotos: D. Jansen

Gentechnik, Nachwachsende Rohstoffe, Subventionsdschungel: Fehlentwicklungen verhindern

Der BUND arbeitet seit vielen Jahren aktiv für eine umwelt- und tierschutzgerechte Landwirtschaft: Auf Bundes- und Landesebene wie auch in zahlreichen BUND-Gruppen vor Ort. Die unter der damaligen rot-grünen Landes- und Bundesregierung ansatzweise begonnene »Agrarwende« gehört nach der erneuten Kehrtwende nach den Regierungswechseln in Düsseldorf und Berlin inzwischen zur Historie; der Begriff soll hier deshalb nicht länger verwandt werden. Was allerdings bleibt, ist die Notwendigkeit des Umsteuerns in der Agrarpolitik sowie ein Spannungsfeld von Interessen und Geflechte von Lobbyisten, die diesem Ziel völlig entgegen stehen.

So erleichterte die Bundesregierung Anfang 2008 mit Unterstützung der NRW-Landesregierung die Forschung und Anwendung der Agro-Gentechnik und erlaubt den Anbau des Genmais MON 810, der in einigen anderen EU-Ländern und zwischenzeitlich auch in Deutschland verboten wurde. Mit der massiven Ausweitung des Anbaus nachwachsender Rohstoffe für Biogasanlagen und insbesondere für Agro-Sprit droht eine weitere Fehlentwicklung, die durch falsche Anreize der Politik zusätzlich angeheizt wird. Zugleich blockieren Bundes- und Landesregierung nach Kräften die längst überfällige Umverteilung von Agrarsubventionen: Weiterhin fließt der Großteil der Mittel bevorzugt an großflächige, intensiv wirtschaftende Betriebe, während Bauern in Mittelgebirgs- und Grünlandregionen wie Sauerland oder Eifel, die extensiv arbeiten und dabei einen wichtigen Beitrag für den Erhalt unserer Kulturlandschaft leisten, vielfach Fördermittel gestrichen wurden. Belange des Tierschutzes haben in den letzten Jahren ebenfalls erheblich an Bedeutung verloren; auf Betreiben des Landes NRW hat der Bund sogar das Genehmigungsverfahren für Tierhaltungsanlagen vereinfacht. Die stetig steigende Nachfrage nach Lebensmitteln aus ökologischem Anbau geht unterdessen weiterhin völlig an der deutschen Landwirtschaft vorbei und wird durch Importe befriedigt. Chancen werden so vertan.

Die BUND-Aktivitäten im Jahr 2007 standen vor allem im Zeichen massiver Auseinandersetzungen um den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft. Dies erforderte wie in den Vorjahren eine klare Prioritätensetzung auf die Agro-Gentechnik, was sich erneut bewährte und das Profil des BUND als engagierten und kompetenten Umweltverband auch im Bereich Landwirtschaft/Gentechnik/Verbraucherschutz weiter schärfte und sich in entsprechendem Medieninteresse widerspiegelte.

Erhalt einer gentechnikfreien Land(wirt)schaft

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung des vergangenen Jahres standen der Anbau von genmanipuliertem Mais auf zwei Flächen in Borken und Werne (Kreis Unna) sowie das Ansinnen der Bundesregierung, das geltende Gentechnikrecht massiv aufzuweichen. Schwerpunkte unserer Arbeit waren eine intensive Öffentlichkeitsarbeit, politische Lobbyarbeit, diverse Protestaktionen sowie die Fortsetzung unserer Kampagnen zur Verhinderung des Anbaus. Hinzu kam die Aufgabe, die genkritischen Aktivitäten landesweit weiter zu vernetzen und regionale Aktivitäten zu unterstützen.



*Bienen halten sich nicht an Abstandsregeln:
Gentechnik gefährdet auch die Imkerei.*

Foto: K. Ziebandt / pixello.de

Wichtiger Baustein unserer Öffentlichkeitsarbeit war weiterhin das Infosystem *Gentech-Anbauflächen in NRW*. Das Standortregister des Bundesamts für Verbraucherschutz benennt zwar die Gemeinden mitsamt Flurstücken, für die ein Anbau genmanipulierter Pflanzen angemeldet ist, dennoch erschließt sich die exakte Lage der Flächen anhand der Angaben nur mit Mühe. Das Register trägt so kaum zu echter Transparenz bei. Auf der BUND-Homepage konnte unterdessen jedermann unkompliziert die Lage der Freisetzung- und Anbauflächen in NRW anhand von Karten einsehen. Wir führen das Projekt auch 2008 fort, um die öffentliche Diskussion über die Agro-Gentechnik und den politisch umstrittenen Zugang zu Informationen zu beleben.

Gemeinsam mit dem ‚Netzwerk Borken ohne Genmais‘ sowie der Initiative ‚Gentechnikfreies Werne‘ luden wir zu bunten Protestaktionen und Führungen an den dortigen Anbau- bzw. Freisetzungsfeldern ein. Insbesondere in Borken spielte Monsanto mit der Öffentlichkeit und Behörden unter Einsatz von Fehlinformationen ein Katz- und Mausspiel, widersetzte sich der amtlichen Anweisung, seinen Genmais-Acker umzupflügen, und ließ letztlich einen gentechnikfrei bewirtschaftetes Maisfeld in der Nachbarschaft umbrechen, um so nicht beachtete Mindestabstände »einzuhalten«. Die Empörung hierüber wuchs und es gelang, die rücksichtslosen Praktiken dieses Konzerns vielfach öffentlich zu thematisieren.



RWE-Biomasse-Kraftwerk in Grevenbroich: Um die volle Förderung nach dem EEG zu kassieren, werden mit der Abwärme der Anlage die Duschen im benachbarten 2.200 MW-Kraftwerk Neurath geheizt.

Foto: D. Jansen

Mit Erfolg: Im Jahr 2008 wird in Borken kein Genmais angebaut, da Konzernangaben zufolge sich kein Bauer mehr bereit fand, dem Unternehmen hierfür Ackerflächen zur Verfügung zu stellen. Allen MitstreiterInnen vor Ort sei herzlich für die fruchtbare Zusammenarbeit gedankt!

Ein weiterer Aktivitätsschwerpunkt ergab sich aus der anhaltend starken Nachfrage seitens der BUND-Gruppen wie auch anderer Organisationen nach Vorträgen, Teilnahme an Podiumsdiskussionen, Anhörungen sowie Pressegesprächen. Besonders erfreulich entwickelte sich hierbei der Austausch und die Zusammenarbeit mit dem Landesverband Westfälisch-Lippischer Imker.

Der Erhalt einer gentechnikfreien Landwirtschaft bedarf einer Vielzahl von Aktivitäten auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen und guter Kooperation miteinander. Im *Bündnis für den Erhalt einer gentechnikfreien Landwirtschaft in NRW* war der BUND NRW gemeinsam mit Bioland, der *Regionalen Landwirtschaft Münsterland e.V.* und der *Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. (AbL)* weiterhin einer der

»Motoren« des Zusammenschlusses, dem rund 30 Anbau- und Umweltverbände, Lebensmittelverarbeiter, Naturkosthandel und die Verbraucherzentrale NRW angehören. Im Mittelpunkt standen mehrere Gespräche mit Landwirtschaftsminister Uhlenberg zur Novellierung des Gentechnikgesetzes.

Mehr Infos: <http://www.bund-nrw.de/landwirtschaft.htm>

Umweltverträgliche Nutzung von Biomasse

Die Nutzung von Biomasse zur Gewinnung von Strom und Wärme ist ein sinnvoller Baustein der Energieerzeugung, sofern es sich um schadstofffreie organische Abfälle wie z.B. Grünschnitt handelt, die in kleineren dezentralen Anlagen eingesetzt werden.

Anders sieht es unter Umständen beim gezielten Anbau von so genannten »Energiepflanzen« aus: Deren Potenzial wird oft völlig überschätzt, während nachteilige Auswirkungen auf Natur und Landschaft sowie den Klimaschutz unbeachtet bleiben.

Für den BUND gilt, dass ein solcher Anbau klar definierten energiewirtschaftlichen und ökologischen Mindeststandards genügen muss. Fehlentwicklungen zeigen sich schon heute in vielen Gemeinden in NRW, wo der Neubau von Biogasanlagen mit großen Kapazitäten boomt und ein starker Zuwachs an Maisanbauflächen stattfindet bzw. vorgesehen ist. Die Preise für Pachtflächen steigen und erschweren damit u.a. die Ausweitung des ökologischen Landbaus. Zudem forciert die Bundesregierung den Anbau von Pflanzen zur Gewinnung von »Agro-Sprit« (Ethanol aus Kartoffeln, Mais oder Zuckerrüben, »Bio«-Diesel aus Raps) und will dieses über den beschlossenen Beimischungszwang zu herkömmlichen fossilen Treibstoffen sicherstellen.

Der BUND hat als Grundlage für die Nutzung von Biomasse die zentralen Aspekte und Anforderungen in einem Positionspapier zusammengefasst und in zahlreichen Veranstaltungen vor Ort für eine solchermaßen umweltverträgliche Nutzung von Biomasse geworben.

Mehr Infos: <http://www.bund-nrw.de/energie.htm>

Umverteilung von Agrarsubventionen

Einen Kurswechsel bei der Frage, welche Form der Landwirtschaft unter welchen Kriterien in welcher Höhe künftig gefördert werden, fordert der BUND seit vielen Jahren. Doch die Beharrungskräfte der Besitzstandswahrer in Bauernverbänden und Politik sind enorm.

Eine Übersicht über die Mittelverteilung in NRW zeigt, dass 14% der landwirtschaftlichen Betriebe über 50% der Direktzahlungen erhalten. Zu den Spitzenempfängern gehört RWE sowie diverse Adelshäuser mit großem Flächenbesitz.

Ziel künftiger Mittelverteilung muss es aus BUND-Sicht sein, bäuerlichen Betrieben stärkere Anreize für eine umwelt- und tierschutzgerechte Wirtschaftsweise ganz in Sinne der VerbraucherInnen zu geben; wichtiger Maßstab sollte ebenso die Anzahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in den Betrieben sein. Das Themenfeld „Agrarsubventionen“ ist äußerst komplex und wird in enger Zusammenarbeit mit dem BUND-Bundesverband und Euronatur bearbeitet.

Zu den genannten wie auch zu anderen landwirtschaftlichen Themen ist der BUND auf der politischen Bühne präsent. Hinzu kam die Beantwortung zahlreicher Anfragen aus der Bevölkerung insbesondere zum Streuobstwiesenschutz.

Fazit und Ausblick

Mit fachpolitischen Stellungnahmen und Hintergrundpapieren mischt sich der BUND aktiv in die Agrarpolitik ein. Zahlreiche Anfragen aus der Bevölkerung – von der Gentechnik bis zum Streuobstwiesenschutz – zeigen, dass der BUND als kompetenter Ansprechpartner etabliert ist.

Vor allem im Bereich Gentechnik konnten wir einiges bewegen und erhielten für unsere Aktivitäten viel Aufmerksamkeit und Anerkennung. Sie bleibt auch in den nächsten Jahren eine der größten Herausforderungen im Themenfeld Landwirtschaft/Naturschutz. Wir wissen hierbei den Großteil der VerbraucherInnen hinter uns, die genmanipulierte Lebensmittel strikt ablehnen. Die nächste Auseinandersetzung ist bereits vorprogrammiert: Im Frühjahr 2008 wird die EU-Kommission über die Zulassung von zwei weiteren Genmais-Sorten sowie der ‚Amflora‘-Kartoffel (zum Anbau als Industrierohstoff, als Futtermittel sowie als Lebensmittel) entscheiden.

Obstwiesenschutz im BUND

Streuobstwiesen leisten einen beachtlichen Beitrag zur Erhaltung der Arten-, Sorten- und Landschaftsvielfalt in Nordrhein-Westfalen.



D. Jansen

Mehr als zwanzig BUND-Gruppen in NRW sind im Obstwiesenschutz aktiv: Sie legen neue Streuobstwiesen an, pflegen und schneiden die Gehölze fachgerecht, sammeln Äpfel und lassen die Früchte regional vermosten und vermarkten, beraten und bieten Schnittkurse an, beteiligen sich an Obstwiesenfesten, bieten Sortenbestimmungen an u.v.m. Sie tragen damit zum Erhalt ökologisch wertvoller Lebensräume und

unserer Kulturlandschaft bei und helfen mit, dass alt-bewährte Obstsorten nicht in Vergessenheit geraten. Naturschutz und gesunde Ernährung gehen hier Hand in Hand.

Wenn auch Sie Obstbäume pflanzen möchten: Hinweise für geeignete Sorten in Ihrer Region haben wir unter <http://www.bund-nrw.de/obstsortenlisten.htm> zusammengestellt.



Gewässer-, Natur- und Freiraumschutz: Biodiversität erhalten

Bei dem Begriff Artenvielfalt kommen den meisten von uns sicherlich tropische Regenwälder oder Korallenriffe in den Sinn. Aber auch bei uns in Deutschland vor der Haustür leben viele verschiedene Tier- und Pflanzenarten: laut Bundesamt für Naturschutz sind es etwa fünfundsiebzigtausend! Doch dieser Artenreichtum ist bedroht: Nach der „Roten Liste“ sind in Nordrhein-Westfalen 40 % der Säugetiere, 42 % der Vögel, 45 % der Schmetterlinge, 50 % der Amphibien, 71 % der Reptilien und 39 % der Fische in ihrer Existenz gefährdet. Hauptverursacher des Artensterbens bleiben die industrialisierte Landwirtschaft und der Lebensraumverlust durch den Flächenverbrauch. Als neue Bedrohung erweist sich zunehmend der Klimawandel: Experten gehen davon aus, dass bis zu 30% der heimischen Tier- und Pflanzenarten durch die Folgen des menschengemachten Klimawandels aussterben könnten.

Der BUND hält dagegen: Mit landesweiten Projekten und der täglichen Naturschutzarbeit vor Ort erhalten wir Streuobstwiesen, Trockenrasenhänge, Feuchtgebiete, intakte Moore und viele andere Lebensräume. Genauso wichtig ist jedoch die Lobbyarbeit am »grünen Tisch«. Dabei musste die Natur im Jahr 2007 einen weiteren Rückschlag erleiden. Mit der Novellierung des Landschaftsgesetzes durch die CDU/FDP-Landesregierung wurden die so genannte »Eingriffsregelung« weiter ausgehöhlt, der Biotopverbund geschwächt, die Mitwirkung der anerkannten Naturschutzverbände an Planverfahren beschnitten und die Verbandsklage ausgehöhlt. Auch die Entwicklung im Nationalpark Eifel – einst das Aushängeschild des Naturschutzes in NRW – stimmt bedenklich. Ob Wegeplan, die verschämt als »Wildbestandsregulierung« verklausulierte Jagd oder die Einrichtung von Wisente-Gattern: Natur Natur sein zu lassen, ist ein hehrer Anspruch, der häufig an der Wirklichkeit scheitert. Und auch die geplante Einrichtung eines zweiten NRW-Nationalparks im Siebengebirge ist nicht unumstritten.

Für die Natur in NRW sind im Vorfeld der internationalen Biodiversitätskonferenz 2008 in Bonn also schwere Zeiten angebrochen.

»Orchideenschutz ist Biotopschutz!«

Dies ist ein Motto des Arbeitskreises Heimische Orchideen (AHO) im BUND NRW, der in Kürze sein 25-jähriges Bestehen feiert. In ganz Nordrhein-Westfalen, jedoch mit Schwerpunkten in der Eifel, in Ostwestfalen, im östlichen Ruhrgebiet und seit Kurzem auch im Kreis Neuss und im Rhein-Erftkreis engagieren sich Michael Luwe und seine Arbeitskreis-MitarbeiterInnen beim Schutz und bei der Pflege von Lebensräumen der heimischen Orchideenarten. Daneben werden für jeden offene Exkursionen angeboten, Vorträge gehalten, Bilderaus-

stellungen organisiert. Der AHO steht als Ansprechpartner für Biologische Stationen, Untere Landschaftsbehörden etc. zur Verfügung und arbeitet vor Ort eng mit den anderen Akteuren im lokalen Naturschutz zusammen.

Wie bereits in den vergangenen Jahren wurden auch in 2007 eine Reihe von Pflegemaßnahmen durchgeführt, so in den Kreisen Euskirchen, Mettmann und Unna. Der AHO NRW hat die Gebietspflege des Ripsdorfer Moores, (Kreis Euskirchen) von der Nordrhein-Westfalen-Stiftung, dem Flächeneigentümer, übertragen bekommen. Sowohl die Wegeführung/ Besucherlenkung als auch die dreisprachige Info-Tafel werden vom AHO übernommen. Dazu gehört auch die Kostenübernahme für den Bohlenweg. Die Arbeiten hierzu werden ab Februar 2008 realisiert werden.

Mehr Infos: www.AHO-NRW.de



Das seltene Übersehene Knabenkraut (*Dactylorhiza praetermissa*) ist die Orchidee des Jahres 2008 und findet sich in einigen Flachmooren und wenigen Sekundärstandorten NRWs. AHO-ExpertInnen kümmern sich um dessen Schutz.

Fotos: S. Szczepanski, M. Luwe

Landkärtchen ist Schmetterling des Jahres 2007

Die BUND NRW Naturschutzstiftung und die Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Lepidopterologen e.V. haben das Landkärtchen (*Araschnia levana*) zum Schmetterling des Jahres 2007 gekürt. Das Landkärtchen ist der einzige heimische Tagfalter, der von Generation zu Generation seine Farbe wechselt. Lange Zeit hielten daher selbst Experten die beiden Formen für zwei verschiedene Arten.

Welche der beiden Farbvarianten sich entwickelt und später aus den Puppen schlüpft, hängt hauptsächlich von der Länge der Tageshelligkeit ab: Wird die Raupe Ende Mai und Juni langen Tagen ausgesetzt, entwickelt sich ein Falter der Sommergeneration. Sind im Spätsommer die Tage kürzer, entstehen schwarze Falter. Die Zeichnung der Flügelunterseiten ist bei beiden Generationen gleich und ähnelt einer Landkarte, daher stammt der Name. Landkärtchenfalter sind in Deutschland nicht gefährdet, aber gewöhnlich auch nicht sehr häufig.

Mehr Infos: www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de



Kommt der Nationalpark Siebengebirge?

Das Siebengebirge ist das älteste Naturschutzgebiet Deutschlands. Bereits 1923 wurde das durch seine geologische Vielfalt, naturnahe Waldlebensräume und viele hier an ihrer nördlichen Verbreitungsgrenze lebende Pflanzen- und Tierarten charakterisierte Gebiet unter Schutz gestellt. Auf Initiative der Region soll hier mit einer Flächengröße von 4.500 Hektar bis 2010 der zweite NRW-Nationalpark entstehen. Die einen sehen darin eine große Chance für den Naturschutz, andere befürchten hingegen eine »Mogelpackung«.

Als Landrat und Bürgermeister Mitte Mai 2007 ihren Vorschlag zur Einrichtung eines Nationalparks Siebengebirge vorstellten, war die Reaktion der Naturschützer eher verhalten. Der BUND begrüßte die Pläne, drängt aber seitdem auf die Einhaltung der ökologischen Standards für ein solches Großschutzgebiet.

Aufgrund der geringen Größe von 4.500 Hektar und der bisher intensiven Nutzung, sind die für eine Anerkennung als Nationalpark notwendigen Schutzmaßnahmen im Siebengebirge nur schwer umsetzbar. Das Siebengebirge liegt direkt am Rand der Stadt Bonn, wird von weiteren Siedlungsschwerpunkten bedrängt und gehört zu dem am dichtesten mit Wegen durchzogenen Gebieten der Region. Um die geforderte Größe eines Nationalparks nach IUCN-Kriterien näherungsweise zu erreichen, wäre eine Ausdehnung der Gebietsgrenzen erforderlich. Immerhin ist es aber bereits im vorgesehenen Gebiet möglich, über 50% ungestörte Entwicklungsfläche (Prozessschutzzonen) sofort auszuweisen. Die IUCN-Kriterien von 75 % Prozessschutz-Fläche können langfristig erreicht werden, was bisher kein anderer Nationalpark vorweisen kann.

Das Siebengebirge ist zweifelsfrei von hoher naturschutzfachlicher Bedeutung. Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz hat ihm in einer Studie bereits die Nationalparkeignung attestiert. Dieses größte Eichen-Buchen-Waldgebiet des Rheinlandes mit seinen wertvollen Kulturbiotopen ist der nordwestlichste Vorposten vieler Wärme liebender, seltener Pflanzen- und Tierarten. 726 Farn- und Blütenpflanzen sind hier ebenso zuhause wie etwa die Zippammer, Wanderfalke, Uhu und Schwarzstorch. Mauereidechse und Schlingnatter erreichen im Siebengebirge ihre nördliche Verbreitungsgrenze, Großes Mausohr und Bechsteinfledermaus haben hier große Quartiere.

Doch wie passt der Vorschlag zu den politischen Realitäten vor Ort? Mit Sorge betrachtet der BUND die hitzigen, nicht immer sachlich geführten Diskussionen vor Ort. Viele aktuell betriebene Vorhaben, Straßenplanungen und immer neue Bauvorhaben stehen im offenen Widerspruch zur Nationalparks-idee im Siebengebirge. Auch scheinen etliche Lokalpolitiker eher an Tourismusförderung, denn am Naturschutz interessiert zu sein.

Der BUND wird im weiteren Prozess für einen glaubhaften Nationalpark im Siebengebirge unter Wahrung der Schutzziele eintreten. Dem entgegen stehende Interessen werden wir kritisch hinterfragen, um eine »Mogelpackung Nationalpark Siebengebirge« zu verhindern.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/nationalpark_siebengebirge.htm



Mut zur Brut für die Störche

Schon seit mehreren Jahren durchstreifen einige Weißstörche regelmäßig das Siegtal und ziehen dort im Sommer umher. Offenbar bieten die Auen der Sieg mittlerweile gute Lebensmöglichkeiten für den seltenen Vogel, da diese Lebensräume in den letzten Jahren immer naturnäher wurden und einen hohen Grünlandanteil aufweisen. Aber auch auf angrenzenden Flächen, wie z.B. der Hangelarer Heide bei Sankt Augustin, sind häufiger Weißstörche zu beobachten, wenn sie die zahlreichen Heuschrecken und Amphibien als reichhaltiges Nahrungsangebot nutzen. Gebrütet hat der Weißstorch allerdings im Siegtal bislang noch nicht, vermutlich weil zum Nestbau keine großen toten Bäume oder geeignete Schornsteine zur Verfügung stehen.

Um hier Abhilfe zu schaffen, stellte die BUND Kreisgruppe Rhein-Sieg mit Unterstützung der BUND NRW Naturschutzstiftung und der HIT-Umweltstiftung sieben selbst gebaute Kunstnester auf Masten an geeigneten Standpunkten vor allem entlang der Sieg auf. Weißstörche nehmen solche Kunstnester in der Regel sehr gerne an. Um das Nest benutzt aussehen zu lassen, wurde es mit Gras ausgepolstert und mit weißen Farbspritzern »verziert«. Für Tiere, bei denen das Nistplatzangebot einen Engpass darstellt, sind Nisthilfen eine wirksame und kostengünstige Maßnahme.

Die Störche inspizierten im letzten Jahr zwei der Kunstnester bereits nach wenigen Wochen und flogen eines sogar über mehrere Wochen immer wieder an. Vielleicht gibt es ja 2008 schon einen ersten ernsthaften Brutversuch der Weißstörche im Rhein-Sieg-Kreis.

Mehr Infos: www.bund-rsk.de

Sieben Kunstnester im Rhein-Sieg-Kreis sollen den Weißstorch zum Brüten animieren.

Der geplante Ausbau des Godorfer Hafens bei Köln gefährdet die Sürther Aue.

Fotos: H. Fest, Google Earth

EU-Beschwerde gegen Ausbau des Godorfer Hafens

Mit einer Beschwerde bei der Europäischen Kommission in Brüssel versucht der

BUND, den Ausbau des Godorfer Rheinhafens zu verhindern. Diese Projekt verstößt auf massive Weise gegen europäische Naturschutzrichtlinien und ist deshalb rechtswidrig. Kommt die EU-Kommission der BUND-Beschwerde nach, drohen Strafzahlungungen in Millionenhöhe.

Insbesondere die *Richtlinie zur Erhaltung natürlicher Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen* (FFH-Richtlinie) und die *Richtlinie über die Erhaltung wildlebender Vogelarten* (Vogelschutz-Richtlinie) werden verletzt. So sind durch den geplanten Ausbau Tier- und Pflanzenarten betroffen, die auf der Roten Liste als »vom Aussterben bedroht« erfasst sind. Zu den streng geschützten betroffenen Tierarten zählen Schwarzmilan, Flussuferläufer, Zauneidechse und Zwergfledermaus.

Dazu kommen weitere Vogelarten, die in diesem Gebiet brüten, z.B. Nachtigall, Steinkauz, Heckenbraunelle, Feldschwirl und viele mehr. Auch die FFH-Fischschutzzone, die bereits mit Rücksicht auf den vorhandenen Industriehafen viel zu kleinräumig ausgewiesen worden sei, würde weiter beeinträchtigt und in ihrer Funktion durch den Hafenausbau erheblich entwertet.

Nach EU-Recht ist ein Vorhaben unzulässig, wenn damit der nahezu vollständige Verlust sämtlicher Biotope auf der Eingriffsfläche verbunden ist und streng geschützte Arten beeinträchtigt werden. Ausnahmen davon sind nur möglich, wenn der Vorhabensträger ein überwiegendes öffentliches Interesse, das Fehlen von Standortalternativen und die Wirtschaftlichkeit und objektive Erforderlichkeit der Maßnahme nachgewiesen hat.

Keiner der erforderlichen Nachweise konnte jedoch erbracht werden.

Mehr Infos: www.suerther-aue-retten.de



S. Kunka, pixelio.de

Das Wassernetz ist wieder am Start

Nach einer längeren Durststrecke haben wir es geschafft, für das Wassernetz NRW erneut eine feste Stelle einzurichten. Gemeinsam mit Partnerverbänden LNU und NABU hat der BUND einen Werkvertrag mit dem NRW-Umweltministerium (MUNLV) geschlossen. Dadurch ist es möglich, die aktive Teilnahme des Naturschutzes an der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie bis 2009 zu unterstützen. Nachdem das erfolgreiche, in 2004 gestartete Vorgänger-Projekt im November 2006 wegen einer fehlenden Anschlussfinanzierung auslaufen musste, ist nun wieder hauptamtliche gewässerschutzpolitische Kompetenz gewährleistet.

Das neue Projekt kommt gerade zur rechten Zeit, denn jetzt läuft die heiße Phase bei der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) an, bei der unsere Beteiligung an mehreren Stellen gefragt ist. Ziel dieser europäischen Richtlinie ist es, alle Oberflächengewässer und das Grundwasser bis 2015 in einen »guten Zustand« zu bringen.

Zum einen sieht die WRRL vor, dass die Behörden bestimmte Arbeitsschritte und -papiere veröffentlichen müssen, zu denen Stellung genommen werden kann. Im Dezember 2007 erschienen die »wichtigsten Bewirtschaftungsfragen«, die die Grundlage für die weitere Maßnahmenplanung bilden. Dies recht allgemein gehaltene Papier sollte von uns in den nächsten Monaten kritisch geprüft und hinterfragt werden. Bis zum Juni 2008 ist Zeit um in schriftlichen Stellungnahmen eigene Anregungen zu ergänzen und die Beschreibungen soweit wie möglich zu präzisieren. Die Behörden sind zur Berücksichtigung dieser Stellungnahmen verpflichtet und sie werden die Umsetzung der WRRL bis nach Brüssel begleiten.

Zum anderen wird das Land im Rahmen der so genannten aktivierenden Öffentlichkeitsbeteiligung

regionale »Runde Tische« durchführen. Diese richten sich an die (Fach-)Öffentlichkeit, bei der die Naturschutzverbände ausdrücklich einbezogen sind. Das Wassernetz hat zum Jahresende 2007 hin in allen BUND-Gruppen um Beteiligung geworben und bietet für alle Interessenten Unterstützung an. Mittlerweile ist der BUND an vielen der ca. 80 Runden Tische beteiligt, obwohl die Arbeitszeiten (meist in der Woche vormittags) für das Ehrenamt alles andere als ideal sind.

Alle wichtigen Hintergrundinformationen finden sich auch weiterhin auf der Wassernetz-Homepage. Darüber hinaus sind für 2008 mehrere Informationsveranstaltungen zu aktuellen Themen geplant, die vor allem dem Austausch zwischen den NaturschützerInnen dienen sollen.

Mehr Infos: www.wassernetz-nrw.de

PFT-Skandal: Kein Ende in Sicht

Der Skandal wurde im Frühjahr 2006 aufgedeckt: Über mehrere Jahre hinweg wurde ein mit der Industriechemikalie PFT verseuchter »Bodenverbesserer« auf zahllosen Feldern im Einzugsgebiet der Ruhr aufgebracht. Die Folgen dieser kriminellen Machenschaften beschäftigen seither Justiz, Behörden, Politik, Wasserversorger, BUND, Landwirte und zahlreiche besorgte Menschen.

Während die Ermittlungen gegen die Verursacher nur schleppend vorankamen, standen 2007 die Betreiber der Wasserwerke und der Ruhrverband heftig in der Kritik, da es zeitweise vermeidbar hohe Gehalte an PFT im Trinkwasser einiger Ruhrgebietsstädte gab. Damit wurde deutlich, dass die alltägliche Verseuchung der Gewässer mit PFT aus Industrie und Gewerbe höher liegt, als bisher



Die Lippe bietet in einigen Bereichen noch eine gute Vorstellung wie groß die Dynamik eines Tieflandflusses sein kann.

Foto: C. Aschemeier

bekannt war. Bei der hieraus resultierenden Kampagne für eine technische Hochrüstung der Wasserwerke und der Kläranlagen hat der BUND vor überzogenem Aufwand an der falschen Stelle gewarnt (Aktivkohle ja, aber keine Nanofiltrationsanlagen), vor allem aber verursacherorientierten Umweltschutz gefordert, d.h. ein generelles Verbot der giftigen und persistenten Chemikalien und die zügige Entwicklung verträglicher Verfahren und Substanzen.



Belastung der Ruhr aus den verseuchten Flächen (diffuse Belastung) insgesamt höher war und ist, als der aus den industriellen Abwässern und immer noch bis zu zwei Drittel der PFT-Fracht in der Ruhr ausmacht. Daher ist die weitere Sanierung von verseuchten Flächen, wie in Brilon – Scharfenberg, unvermeidlich.

Zu Recht hat der BUND aber kritisiert, dass diese teilweise zu spät startete und sich nur auf die Sickerwasserbehandlung mit Aktivkohle konzentrierte. In einer früheren Phase hätte man, wie vom BUND vorgeschlagen, mit partiellem Bodenabtrag und Sickerwasserbehandlung zu zeitlich wesentlich günstigeren Lösungen kommen können, wie Untersuchungen mittlerweile gezeigt haben. Darüber hinaus sind, wie der BUND belegen konnte, weitere verfahrenstechnische Verbesserungen möglich.

Nachdem der BUND bereits 2006 das „gläserne Abwasserrohr“ gefordert hatte, wurden im August 2007 in einer Landtagsdrucksache erstmals Zahlen über die Einleitung von PFT durch betriebliches Abwasser in die Gewässer vorgelegt. Demnach sind Abwässer von Metall verarbeitenden Betrieben, Textilindustrie und Feuerlöschschäume z.T. deutlich mit PFT belastet, was für eine ständige Grundbelastung der Gewässer, insbesondere der Ruhr, sorgt. Daher muss diese Stoffgruppe aus dem Verkehr gezogen werden, und da, wo dies nicht unmittelbar möglich ist, sind betriebliche Reinigungsmaßnahmen, ggf. geschlossene Kreisläufe anzuwenden. Falsch und nicht verursacherorientiert wäre es, dies erst mit großem Aufwand als „end of the pipe“ Technologie in den großen kommunalen Kläranlagen leisten zu wollen.

Währenddessen hat die Firma Witteler OHG erfolglos versucht, beim Landgericht Düsseldorf im Wege einer einstweiligen Verfügung dem BUND unter Androhung eines Ordnungsgeldes bis zu 250.000 Euro aufzuerlegen, bestimmte seinerzeit zutreffende Aussagen aus dem Internet zu tilgen. Ohne Erfolg: Der BUND setzte sich vor Gericht durch und wird auch zukünftig »am Ball bleiben«.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/pft.htm

Bei aller Kritik bemüht der BUND sich immer um objektive Problembewertung. So belegen die vorliegenden Daten insgesamt eindeutig, dass der Anteil an der PFT-



Westwallbunker für Fledermäuse & Co gesichert

Bereits 2006 hat die BUND NRW Naturschutzstiftung einen der naturschutzfachlich bedeutsamen ehemaligen Westwallbunker ins Eigentum übernommen und damit gezeigt, wie solche Anlagen dauerhaft gesichert werden können. Nun ist es dem BUND mit Unterstützung der Kulturstiftung der Sparkasse Aachen und der Unteren Landschaftsbehörde des Kreises Aachen gelungen, eine weitere Anlage vor dem drohenden Abriss zu bewahren.

Der BUND vergitterte die beiden Eingänge des Wasserbunkers in Stollberg, so dass Besucher nicht mehr in den Bunker gelangen und sich dort verletzen können. Ein Stahlgeländer verhindert zudem, dass Menschen abstürzen. Damit gehen von der Anlage keinerlei Gefahren mehr für Leib und Leben aus, was sonst immer das Argument war, die Bunker zu zerstören. Die Fledermäuse leben jetzt ungestört und fliegen zwischen den Gitterstäben ein und aus.

Das BUND-Projekt *Grüner Wall im Westen* kann damit einen weiteren Erfolg verbuchen.

Mehr Infos: www.gruenerwallimwesten.de



D. Nill, B. Nommssen

Bürgerprotest gegen Flächenfraß

Der Flächenverbrauch ist weiterhin eines der größten Probleme des Naturschutzes: Täglich gehen in NRW 15 Hektar Freiraum verloren, neue Autobahnen zerstören die letzten unzerschnittenen Freiräume, Einkaufs- und Logistikzentren drängen auf die »grüne Wiese«. Auch wenn sich das NRW-Umweltministerium mit seiner »Allianz für die Fläche« des Themas Flächenverbrauch angenommen hat, bleibt eine Trendwende bislang aus.

Das Ende 2007 ausgelaufene BUND-Projekt *Zukunftsfähige Flächennutzung in NRW* hatte sich zum Ziel gesetzt, den Flächenverbrauch im Siedlungsbereich zu thematisieren, zukunftsfähige Raumnutzungsmodelle aufzuzeigen und möglichst mit Aktiven vor Ort öffentlichkeitswirksam zu propagieren. Mit Erfolg.

»Wir machen die Natur platt« – mit dieser Abwandlung des bekannten Werbeslogans griff der BUND die Bausparwerbung der Volks- und Raiffeisenbanken an und warb für deren Neuausrichtung weg von der Finanzierung des »Traumhauses im Grünen« und hin zur Förderung von Umbau und Modernisierung bestehender Wohnungen und Häuser.

Dass die Bausparkassen damit auch den Willen vieler potenzieller Kunden ignorieren, zeigen die vielen in diesem Jahr im Rahmen des BUND-Projekts durchgeführten Aktionen. Gemeinsam mit örtlichen BUND-Gruppen und Bürgerinitiativen warb Projektleiter Stephan Günthner landauf landab für den sparsamen Umgang mit Fläche.

BUND-Gruppen in Bonn und Hagen informierten auf Umweltmärkten mit Videos, Plakaten und Karten über Probleme und Lösungsmöglichkeiten des Flächenverbrauchs. Die BUND-Gruppe in Grevenbroich zeigte mit

einer 100 Quadratmeter großen Folie, wie viel Fläche in NRW pro Minute verbraucht wird. Die Aktiven aus Haan demonstrierten gemeinsam mit anderen Naturschützern und Bürgerinitiativen vor dem Kreistag in Mettmann. Ganz ähnlich demonstrierten vor dem Kreishauss des Rheinisch-Bergischen Kreises 40 Mitglieder von Rösrather Bürgerinitiativen. Sie forderten vom Kreistag, bei der Neuaufstellung des dortigen Landschaftsplanes Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete zu erhalten – mit Erfolg. In den vorherigen Monaten hatten sie über 4.000 Unterschriften gegen die Bauvorhaben gesammelt.

Auch an weiteren Orten sammeln Bürgerinitiativen mit Unterstützung des BUND Unterschriften gegen Flächenverbrauch. In Lotte und Osnabrück ist eine interkommunale Bürgerinitiative gegen die Umsiedlung einer großen Spedition aktiv. Die Spedition will sich in einer intakten Landschaft ansiedeln. In Much (Rhein-Sieg-Kreis) hat sich eine Bürgerinitiative gebildet, die ein neues Wohngebiet verhindern möchte. Dabei gibt es in der Gemeinde Much schon zahlreiche leer stehende Gebäude und Wohnungen.

Auch nach Ende des BUND-Projektes bleibt das Thema »Flächenfraß« auf unserer Agenda. Die vielen positiven Ergebnisse fließen nun in das politische »Tagesgeschäft« ein.

Mehr Informationen:
www.freiraumschutz-nrw.de

»Keine Häuser mehr im Sülzbogen« lautet der Slogan dieser beiden Freiraumschützerinnen in Rösrath.

Foto: S. Günthner



Widerstand gegen Baumfällungen

Der Baumschutz führt in NRW ein stiefmütterliches Dasein. Ob in Düsseldorf, Köln, Wuppertal, Duisburg oder in vielen kleineren NRW-Städten und Gemeinden: Vielerorts haben sich Politik und Verwaltung entschlossen, die bisherige Pflege und den Erhalt der Stadtbäume aus Kostengründen und einfach nur aus Desinteresse zu beenden unter dem Motto: »Sägen statt pflegen!«

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger wollen diese behördlichen Fällaktionen aus emotionalen, ästhetischen und ökologischen Gründen nicht mehr länger hinnehmen. Überall im Land gründen sich inzwischen BaumschützerInnen-Gruppen, die für den Erhalt von Einzelbäumen oder ganzen Alleen protestieren.

Der BUND hat sich zum Ziel gesetzt, diese Aktivitäten zu bündeln. Mit Fachveranstaltungen, Interventionen vor Ort und fachlichen Tipps werben wir für den Schutz unserer Stadtbäume. Die Landesregierung wurde aufgefordert, eine für alle Kommunen verbindliche Leitlinie zum Baumschutz in NRW zu erlassen.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/naturschutz.htm

Abfallpolitik und Immissionsschutz: Umweltstandards und Risikovorsorge sichern

Unter dem Vorwand des Bürokratieabbaus und der Verfahrenserleichterung hatte die Landesregierung aus CDU und FDP in 2006 einen groß angelegten Angriff auf die umweltrechtlichen Standards gestartet. Insbesondere durch die Lockerungen immissionsschutzrechtlicher Bestimmungen ist zukünftig eine Absenkung des Umweltschutzniveaus zu befürchten. Anstatt das Ordnungsrecht zu stärken, setzt Schwarz-Gelb verstärkt auf freiwillige Vereinbarungen mit Wirtschaft und Industrie. Beispiel hierfür ist der von Umweltminister Uhlenberg und Wirtschaftsministerin Thoben initiierte »Dialog Wirtschaft und Umwelt«. Er dient als Forum, in dem sich Verwaltung und Unternehmen austauschen und gemeinsam Strategien für ein Nebeneinander von Wirtschaft und Umweltschutz entwickeln. Erklärtes Ziel ist es, sich »im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen ... gegen ein Übermaß an bürokratischen Regelungen« zu wenden. Vier Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit den Themen Immissionsschutz, Gewässerschutz, Abfall- und Bodenschutz sowie Ressourcenmanagement. Der BUND wurde hierzu erst gar nicht eingeladen und ist lediglich in einer Unterarbeitsgruppe »Luftreinhalteplanung« vertreten, die wir allerdings im Februar 2008 unter Protest verließen.

Das Resultat dieser »Laissez-faire-Politik« ist bitter: Die Feinstaubbelastung ist unverändert gefährlich hoch, der PFT-Skandal noch immer nicht aufgearbeitet, das Abfallproblem ungelöst. Trotzdem kann der BUND in 2007 auch Erfolge verbuchen. Allen voran zu nennen ist hier die Verhinderung des Imports australischen Giftmülls nach NRW.



Giftmüll-Deal mit Australien verhindert

Der geplante Import von 11.000 Tonnen australischen Giftmülls nach NRW wurde nach heftigen Protesten von BUND, Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) und örtlichen Bürgerinitiativen von Umweltminister Eckhard Uhlenberg gestoppt.

Das australische Chemieunternehmen Orica wollte insgesamt 22.000 Tonnen des mit dem hochgiftigen Hexachlorbenzol (HCB) kontaminierten Sondermülls per Schiff über eine Entfernung von 16.000 km nach Deutschland bringen lassen. 11.000 Tonnen sollen in der Sondermüllverbrennungsanlage des RZR in Herten sowie den Bayer-Müllöfen in Leverkusen und Dormagen entsorgt werden. HCB gehört zum „Dreckigen Dutzend“ der gefährlichsten Chemiegifte und ist durch die Stockholmer Konvention weltweit geächtet.

Aufgeschreckt durch die australische Umweltorganisation *National Toxics Network* startete der BUND eine breit angelegte Kampagne gegen den Sondermüllimport. Der BUND-Landesarbeitskreis Abfall wies nach, dass die geplante HCB-Verbrennung im RZR Herten keineswegs schadlos erfolgt wäre. Der BUND-Landesverband holte eine Stellungnahme der EU-Kommission ein, die belegte, dass das NRW-Umweltministerin entgegen erster Verlautbarungen durchaus die Möglichkeit hat, ein Importstopp zu verhängen. Mehr als 15.000 Protest-Unterschriften wurden gesammelt.

Schließlich folgte die Landesregierung der rechtlichen Argumentation des BUND, wonach der geplante Transport gegen das Basler Übereinkommen zur grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle verstoßen hätte und untersagte den Giftmüll-Tourismus.

Auch wenn dieser Giftmüll-Kelch noch einmal an NRW vorbeigegangen ist, sind weitere Versuche der internationalen Müll-Lobby zu erwarten, ihre Schadstoffe in Deutschland abzuladen. Solange deutsche Unternehmen sich mit Dumpingpreisen an der internationalen Müllschieberei beteiligen, um ihre Überkapazitäten auszulasten, wird sich daran voraussichtlich nichts ändern.

Nordrhein-Westfalen ist *das Müll-Importland*. Auch wenn der Trend leicht rückläufig ist, importiert NRW noch immer gut 2 Millionen Tonnen Abfall jährlich. Der Import von gefährlichen Abfällen liegt bei etwa 600.000 Tonnen pro Jahr. Der BUND hält die Entsorgung außereuropäischen Giftmülls in den NRW-Anlagen nur dann für gerechtfertigt, wenn definitiv keine geeigneten Kapazitäten vor Ort vorhanden sind. Das Industrieland Australien konnte diesen Nachweis indes nicht erbringen und wollte sich lediglich vor einer eigenen Entsorgung drücken.

Mehr Infos: bund-nrw.de/abfall.htm



BUND-Abfallexpertin Claudia Baitinger bei der Übergabe von Protest-Unterschriften an Umweltminister Eckhard Uhlenberg

Foto: pro-herten.de

Behörden verweigern Herausgabe von Umweltinformationen – BUND klagt

Dürfen der Bevölkerung Informationen über Risiken von Chemieanlagen unter Verweis auf eine mögliche Terrorismusgefahr verweigert werden? Wegen einer Klage des BUND NRW gegen das Land Rheinland-Pfalz beschäftigt diese grundsätzliche Frage jetzt die Gerichte.

Nordrhein-Westfalen ist der bedeutendste Standort für die chemische Industrie. Zwischen Rhein und Weser erwirtschaften 465 Unternehmen mit 130.000 Beschäftigten gut 40 Prozent des gesamtdeutschen Chemieumsatzes. Doch neben mehr oder weniger »harmlosen« Anlagen verfügen die NRW-Chemieunternehmen auch mehr als 900 Betriebsbereiche, die aufgrund des Umgangs mit gefährlichen Stoffen der Störfallverordnung unterliegen. Für diese gelten verschärfte Sicherheitsbestimmungen und Vorschriften, wie im Falle eines Störfalles zu verfahren ist. So muss z.B. ein Sicherheitsbericht erstellt werden, der u.a. auch Gefahren und entsprechende Gegenmaßnahmen darlegt. Die Bevölkerung, aber auch Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäuser im Umfeld der Störfallbetriebe sind über die Risiken und das richtige Verhalten am »Tag X« zu unterrichten. Der Sicherheitsbericht ist der Öffentlichkeit jederzeit zugänglich zu machen.

Bereits im Jahre 1994 hatte der BUND mit einer Umfrage bei allen Bundesländern die Umsetzung der Verpflichtung zur Information über Risiken von störfallrelevanten Anlagen überprüft. Mit ernüchternden Ergebnissen, denn zahlreiche Vollzugsdefizite traten zutage. Seitdem hatte es etliche Änderungen im Störfallrecht gegeben, insbesondere auch was die Informationspflichten zum Schutz der Bevölkerung anbelangt.

Anlass genug also für eine erneute bundesweite Abfrage nach dem Stand der Dinge. Unter Bezugnahme auf den europarechtlich garantierten Zugang zu Umweltinformationen wurde bei den Landesumweltministerien nach den Listen der Betriebsbereiche nach Störfallverordnung gefragt. Überraschendes Ergebnis: Obwohl die meisten Anlagen vor Ort ohnehin einschlägig bekannt sind, verweigerten bis auf das Saarland, Sachsen und Niedersachsen alle Bundesländer unter Verweis auf Gefährdung der öffentlichen Sicherheit die Herausgabe dieser Listen.

Als Argument für die nach BUND-Auffassung rechtswidrige Verweigerung der Informationen und Einschränkung der Informationsrechte musste die angebliche Terrorismusgefahr herhalten. Durch die Herausgabe der Betreiberadressen könnten ja schließlich islamistische Terroristen zu Anschlägen auf sensible Chemieanlagen verleitet werden, so die Argumentation.

Für den BUND ist dieses vorgeschobene »Totschlagargument« nicht akzeptabel, kommt es doch der Lobby aus Industrie, Behörden und Politik sehr entgegen, die liebend gerne das lästige Umweltinformationsgesetz – das häufig zur Offenlegung von Skandalen und Namen führt – mit dem vermeintlichen Sicherheitsargument unwirksam machen möchte.

Der BUND – vertreten durch die Chemieexpertin Angelika Horster – legte deshalb gegen die ablehnenden Bescheide Widerspruch ein und verklagte letztendlich das Land Rheinland-Pfalz auf Herausgabe der Informationen. Ende April 2007 wurde die Klage vor dem Verwaltungsgericht Mainz verhandelt. Zwar bejahten die Richter den Informationsanspruch, gaben aber in ihrer Abwägung den Bedenken des Umweltministeriums Recht und wiesen die Klage ohne Zulassung der Berufung ab.

In ernsthafter Abwägung des Für und Wider hat der BUND-Landesvorstand mit Unterstützung des Bundesverbandes entschieden, den Klageweg weiter zu verfolgen und einen Antrag auf Zulassung der Berufung einzulegen. Das Oberverwaltungsgericht Koblenz musste entscheiden welcher Belang schwerer wiegt: Der Informationsanspruch der Bevölkerung im Umfeld von Störfallanlagen oder eine abstrakte Gefährdung der öffentlichen Sicherheit? Ende Februar gab das OVG Koblenz dem BUND Recht und hob das erstinstanzliche Urteil des VG Mainz auf.



Terrorabwehr oder Einschränkung der Informationsrechte? Der BUND klagt auf Herausgabe relevanter Umweltinformationen.

Foto/M: Dirk Jansen

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/immissionsschutz.htm

Feinstaubproblem ungelöst

NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg war angetreten, das drängende Problem der Luftreinhaltung konsequent anzugehen und die Belastung mit den todbringenden Feinstaub-Partikeln zu senken. Heute, mehr als acht Jahre nach Inkrafttreten der EU-Luftqualitätsrahmenrichtlinie mit ihren Grenzwertvorgaben, muss nüchtern konstatiert werden, dass die Landesregierung gescheitert ist.

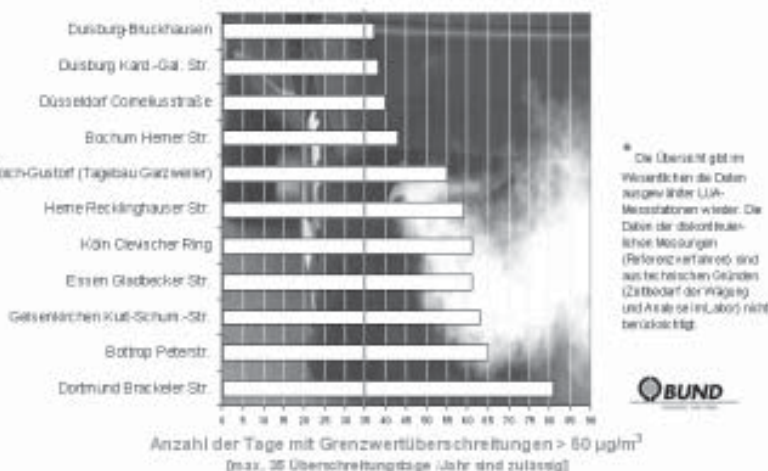
Die Überschreitungen zulässiger Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid hatten zwar in bisher 23 Städten und Gemeinden zur Aufstellung bzw. Fortschreibung von insgesamt 45 Luftreinhaltungs- und Aktionsplänen geführt. Dennoch bleibt die Belastung – trotz niedriger Konzentrationen begünstigender meteorologischer Verhältnisse in 2007 – dramatisch hoch. Und unlängst beendigte die Landesregierung auf Druck der Industrie auch das ambitionierte Vorhaben einer »Umweltzone Ruhrgebiet«.

Der BUND setzt sich auf Landesebene und vor Ort für eine konsequente Luftreinhaltungsplanung ein. In zahlreichen Arbeitsgruppen bei Bezirksregierungen und Kommunen kämpfen BUND-Aktive für Aktions- und Luftreinhaltungspläne. Ob in Landtagsanhörungen oder auf ministerieller Ebene – überall sind die BUND-Experten präsent. Dabei verfolgen wir einen integrierten Ansatz: So sinnvoll auch Maßnahmen zur Verkehrsbeschränkung, -vermeidung und -verlagerung sind, so stiefmütterlich wird der industrielle Immissionsschutz behandelt. Während allenthalben heiß über Umweltzonen diskutiert wird, werden mit dem Neubau von Kohlekraftwerken alle Anstrengungen zur Senkung der hohen Feinstaub-Hintergrundbelastung zunichte gemacht.

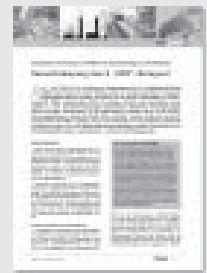
Zur Feinstaub-Landtagsanhörung am 13. August 2007 hat der BUND die 20-seitige Stellungnahme »Feinstaubprobleme effizient lösen – Grenzwerte einhalten« vorgelegt. Das Papier und weitere Infos finden Sie als Download unter www.bund-nrw.de/immissionsschutz.htm



Überschreitungstage Feinstaub 2007, Stand: 31.12.2007*



Umweltdumping durch EBS-Anlagen?



Am 1. Juni 2005 trat ein bundesweites Ablagerungsverbot für behandlungsbedürftige Abfälle auf Deponien in Kraft. Seitdem werden in zunehmendem Maße so genannte Industrieheizkraftwerke gebaut, um den durch Vorbehandlung zu »Ersatzbrennstoff« (EBS) mutierten Abfall zu beseitigen. Nachteil und ökonomischer Anreiz zugleich ist, dass die Verwertungsanlagen (Zementwerke, Kraftwerke, etc.) deutlich geringere Anforderungen an die Abgasreinigung erfüllen müssen als herkömmliche Abfallverbrennungsanlagen – Umweltdumping droht.

Der BUND NRW hat in 2007 das Positionspapier »Energetische Verwertung von Abfällen in Industrieanlagen und Kraftwerken – Umweltdumping durch EBS-Anlagen?« verabschiedet. Der Vierseiter kann unter www.bund-nrw.de/abfall.htm heruntergeladen werden.

Elektrosmog im Kinderzimmer

Mit einem gemeinsamen Projekt nahmen BUND und Verbraucherzentrale NRW (VZ) den Elektrosmog in Kinderzimmern unter die Lupe.

Fernseher, Computer, Spielekonsolen und Stereoanlagen gehören in vielen Kinder- und Jugendzimmern zur Standardausrüstung. Viele Dinge des alltäglichen Bedarfs wie Radiowecker, Leuchten, Elektroheizungen und verlegte Leitungen gesellen sich häufig unbemerkt hinzu. Doch den Eltern ist oftmals nicht bewusst, dass ihre Sprösslinge – umgeben von so viel Elektrik und Elektronik – beim Spielen, Lernen und Schlafen ständig unter Strom stehen. Nicht nur hochfrequente Mobilfunkanlagen, sondern auch Geräte des alltäglichen Gebrauchs erzeugen schwache elektrische und magnetische Felder und senden permanent ihre Strahlen aus. Gesundheitsrisiken sind damit vorprogrammiert.

Mit dem Projekt haben BUND und VZ auf das Problem aufmerksam gemacht und Abhilfe geschaffen. Dutzende von Vor-Ort-Messungen zeigten die Strahlungsquellen auf und führten zu konkreten Tipps zur Vermeidung elektroagnetischer Felder in Kinderzimmern.

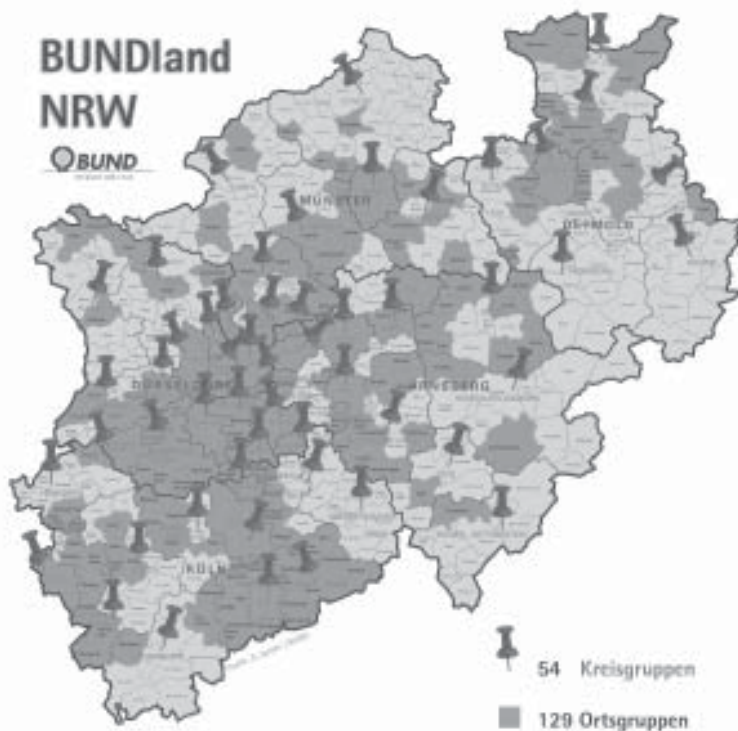
Mehr Informationen: »Uns geht's gut – Umwelt- und Gesundheitsschutz im Kinderzimmer«, Broschüre, <http://www.vz-nrw.de/mediabig/41762A.pdf>

Prüfliste: Rund um elektrische und magnetische Felder www.vz-nrw.de/mediabig/41052A.pdf

Unabhängig. Politisch und finanziell.

BUNDland NRW

Die Basis der BUND-Arbeit sowohl in finanzieller als auch inhaltlicher Sicht bilden die etwa 180 ehrenamtlich arbeitenden Gruppen vor Ort. Allen Unkenrufen zum Trotz zeigt die Mitgliederentwicklung, dass der Stellenwert des Natur- und Umweltschutzes in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit hoch ist: Musste der BUND in NRW in den Jahren 2003 und 2004 noch schmerzhaft Mitgliederverluste hinnehmen, so hat sich dieser Trend deutlich umgekehrt. 2005 war das Jahr der Stabilisierung und im Folgejahr konnte erstmals wieder ein Mitgliederwachstum festgestellt werden. Ende 2007 unterstützten 20.596 Mitglieder den BUND in Nordrhein-Westfalen.



Im Jahr 2002 erhielt sie den Umweltpreis der Stadt Düsseldorf. In ihrer Laudatio hob Bürgermeisterin Schiefer hervor, sie sei „in ihrem Engagement Vorbild für Menschen jeden Alters. An ihrer Tatkraft, Ausdauer und auch an ihrer Lebenslust, an ihrer Bereitschaft zu fruchtbarem Streit können sich alle ein Beispiel nehmen.“

Auch Rainer Lechner aus Neuss hat 2007 das Bundesverdienstkreuz erhalten. Er gehörte 1976 zu den Gründungsmitgliedern des nordrhein-westfälischen BUND-Landesverbands und war jahrelang als Landesvorsitzender und Stellvertreter aktiv. Er baute eine zentrale Landesgeschäftsstelle auf und gründete verschiedene regionale und lokale Gruppen als Basis für die spätere flächendeckende Präsenz des BUND. Auch an der Anerkennung des Vereins nach dem Bundesnaturschutzgesetz, die die Voraussetzung für die gesetzliche Beteiligungsmöglichkeit an natur- und umweltrelevanten Planverfahren darstellt, hatte er maßgeblichen Anteil.

Anerkennung für Ehrenamtliche

Für ihr langjähriges ehrenamtliches Engagement im Natur- und Umweltschutz in der BUND-Kreisgruppe Düsseldorf hat Lilo Hebler die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland bekommen. Oberbürgermeister Joachim Erwin würdigte bei der Verleihung die vielen von Lilo Hebler initiierten Projekte sowie den großen zeitlichen und persönlichen Einsatz, mit dem sie die Kreisgruppe aufbaute und über mehr als 20 Jahre leitete.

Mit Infoständen, Transparenten, Flugblättern, sogar mit einem Film hat Lilo Hebler unermüdlich Öffentlichkeitsarbeit betrieben, dabei auf Energieverschwendung, wachsende Müllberge, die Folgen der Gentechnik und Massentierhaltung sowie die Gefahren der Atomenergie aufmerksam gemacht. Sie hat gegen Transrapid, Wehrhahnlinie und das Olympiadorf in den Rheinauen protestiert und sich für den Schutz der Kraniche und deren Überwinterungsgebiete in der Extremadura in Spanien eingesetzt.

Neben seiner Tätigkeit im Landesvorstand des BUND arbeitete Rainer Lechner kontinuierlich in der Regionalgruppe Düsseldorf und seiner Kreisgruppe Neuss mit.



Der Düsseldorfer Oberbürgermeister überreicht Lilo Hebler das Bundesverdienstkreuz.



Rainer Lechner (l.) bei der Ehrung durch Ex-Landtagspräsident Dr. Hans-Ulrich Klose.

Fotos: J. Behrmann, P. Kröfges



Holger Sticht (l.) nimmt die Glückwünsche des BUND-Landesvorsitzenden Paul Kröfges entgegen.

Foto: BUND-Archiv

Rheinlandtaler für Holger Sticht

Holger Sticht, der Vorsitzende des Bündnisses Wahner Heide und Mitglied im BUND-Regionalgruppenvorstand Köln, wurde mit dem „Rheinlandtaler“ ausgezeichnet: Der Landschaftsverband Rheinland ehrte den 35-Jährigen für seine „herausragenden Verdienste um die landschaftliche Kulturpflege“.

Den Orden und die Urkunde überreicht der Kölner Oberbürgermeister, Fritz Schramma.

Sticht ist Mitbegründer des Bündnisses für die Wahner Heide, das in Troisdorf-Altenrath ein Info-Zentrum unterhält, und seit 1997 dessen Vorsitzender. Er lädt regelmäßig zu Exkursionen in das Naturschutzgebiet ein und legte als Autor eine Wanderkarte sowie einen Natur- und Kulturführer Wahner Heide vor. Er ist der bislang jüngste Träger des Rheinlandordens, der seit 1976 vergeben wird.

BUND-Naturerlebnisgarten Hertener mit muna-Trophäe belohnt

Ende September 2007 verliehen die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) und ZDF.umwelt zum sechsten Mal den Preis „Mensch und Natur“ für ehrenamtliches Naturschutzengagement. 113 Vorschläge begutachtete die Jury. Zu den fünf Preisträgern dieses Jahres gehört auch der BUND-Naturerlebnisgarten Hertener. Sigrun Zobel und ihr Team erhalten für ihr großes ehrenamtliches Engagement den mit EUR 5.000,- dotierten „Kinder- und Jugendpreis“.

In der einst größten Bergbaustadt Europas gestaltete die langjährige BUND-Aktivistin Sigrun Zobel gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern dreier Hertener Hauptschulen einen 18.000 Quadratmeter großen ehemaligen Zechenparkplatz zu einem Naturerlebnisraum um. Jahr für Jahr besuchen rund 6.000 Kinder die Naturerlebnis-Oase. Gerade für Vorschulkinder mit psychischen Auffälligkeiten oder motorischen Schwierigkeiten eignet sich der Naturerlebnisgarten besonders gut, um ihre

natürliche Umwelt kennen zu lernen und in der Natur ihre Fähigkeiten zu trainieren und zu fördern.

Der Garten dient auch älteren körperlich und geistig behinderten Kindern als Therapieraum, um etwa beim Klettern die eigenen Sinne neu zu erfahren. Aktion Mensch unterstützt die pädagogische Betreuung. Auch treffen sich im Garten Kinder verschiedener Kulturen: neben deutschen Kindern kommen regelmäßig Kinder aus Ghana, dem Iran oder der Türkei.

Das Preisgeld von 5.000 Euro ist ein willkommener Beitrag, den Naturerlebnisgarten finanziell abzusichern und das Angebot auszubauen.

Mehr Informationen: <http://vorort.bund.net/ak-umweltbildung/Standorte/Hertener.htm>



Sigrun Zobel (2.v.l.) und ihr Naturerlebnisgarten-Team freuen sich über die Auszeichnung.

Fotos: Archiv Zobel

»...und jetzt noch die Erde retten« – die BUNDjugend NRW

Mit vielen kleinen Taten an vielen Orten das Gesicht der Welt verändern – das ist das Ziel der Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland. Als selbständige Jugendorganisation möchte die BUNDjugend Kinder und Jugendliche für den Umwelt- und Naturschutz aktivieren. Die BUNDjugend ist als gemeinnütziger Träger der Jugendpflege anerkannt und Mitglied im Landesjugendring NRW. In Nordrhein-Westfalen ist die BUNDjugend in vielen Landkreisen und kreisfreien Städten vor Ort mit Kindergruppen und selbstorganisierten Jugendgruppen vertreten.



Die BUNDjugend hat viele Angebote für junge Leute mit Köpfchen, die etwas erleben und nicht immer nur die anderen machen lassen wollen. Lust mitzumachen?

NRW – das Land der Kontraste

Im vergangenen Jahr wanderten Demian Kleinert und Matthias Scharpenberg mit Rucksack, wenig Geld und viel Improvisationsbereitschaft 400 km weit durch NRW. Unter dem Motto »Von der größten CO₂ Schleuder zur Windenergieregion Nr. 1« starteten sie im Braunkohletagebau Garzweiler und liefen in drei Wochen bis zum Windpark Meerbusch bei Paderborn – davon die Hälfte der Strecke barfuß. Auf ihren Weg dokumentierten sie Kontraste: soziale, landschaftliche und umweltpolitische. Sie nutzten jede Gelegenheit, um mit Menschen, die sie kennen lernten, über die erlebten Kontraste zu diskutieren und berichten täglich in einem Online-Tagebuch und Lokalzeitungen über ihre abenteuerliche Tour. Unterstützt wurden die Beiden von vielen Aktiven des BUND. Der Lauf war nicht nur eine persönliche Bereicherung für Demian und Matthias, sondern trug in erster Linie auch dazu bei, den BUNDjugend-Kreativwettbewerb *Land der Kontraste – NRW* bekannter zu machen.

Bei diesem von der Nordrhein-Westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung geförderten Projekt waren 15- bis 25-Jährige aufgefordert, sich kritisch mit den Kontrasten in ihrer Region auseinander zu setzen. Über 500 Jugendliche griffen in 2007 Themen wie die Bedrohung und Zerstörung von Lebensräumen, Konsum und Lebensstil, Atomkraft und regenerative Energien in beeindruckenden Fotos, Filmen, Texten, Songs und Theaterstücken auf.

Mehr Infos: Die besten Wettbewerbsbeiträge und Anregungen, die Vielseitigkeit NRWs zu entdecken, wurden in einer Broschüre mit DVD zusammengefasst, die kostenlos unter info@bundjugend-nrw.de oder 02921-33640 bestellt werden kann. Alle Infos unter www.kontraste-nrw.de.



Kreuzungspicknick der BUNDjugend mitten auf dem Südring der Bochumer Innenstadt. Auch dies gehört zum Land der Kontraste... Foto: I. Otto/WAZ

Spielort Natur – früher, heute, morgen

Mit dem Projekt *Spielort Natur: früher – heute – morgen* thematisierte die BUNDjugend den Flächenverbrauch aus einer kindgerechten Perspektive. Während die ältere Generation in ihrer Kinderzeit vielfach noch auf unbebauten, freien und wilden Flächen spielen konnte, ist das heute nahezu unmöglich: Die Städte wurden um Siedlungen und Gewerbegebiete erweitert, Brachflächen als Naturerlebnisräume sind verschwunden und Hauptverkehrsstraßen schränken den Aktionsradius deutlich ein. So wachsen Kinder in der Regel im Umfeld aufgeräumter Siedlungen auf – der Kontakt zur Natur schwindet.

Im Rahmen des als innovatives Projekt vom Ministerium für Generationen, Frauen, Familie und Integration des Landes geförderten Vorhabens hat die BUNDjugend NRW Kinder von 8 bis 12 Jahren aufgefordert zu erforschen, wie sich die Flächennutzung verändert hat und wie dies

die Spielmöglichkeiten und das Spielen beeinflusst. Durch die Befragung von Erwachsenen ab 55 Jahren, den so genannten »Zeitexperten«, wurden Gemeinsamkeiten und Unterschiede der kindlichen Lebenswelten früher und heute deutlich. Basierend darauf entwickelten die Kinder Wünsche und Visionen für das Spielen in der Natur.

Bei allen mitmachenden Teams wurde eines deutlich: Räume unter freiem Himmel, wilde versteckte Ecken und der Park um die Ecke sind begehrte und wichtige Spielorte – damals wie heute! Das Ergebnis ist ein Plädoyer gegen weiteren Flächenverbrauch und gegen das »Aufräumen« der Gärten, Siedlungen und Städte!

Mehr Infos: Die Arbeitsmappe zum Projekt *Spielort Natur: früher – heute – morgen* und mehr Informationen gibt es unter www.bundjugend-nrw.de

Zukunftsscouts – zeigen wo's langgeht!

Im Rahmen des von der BUNDjugend NRW durchgeführten Projekts *Zukunftsscouts – zeigen wo's langgeht!* haben sich 2007 landesweit erneut zahlreiche Jugendliche von 11 bis 15 Jahren aktiv für den Natur- und Umweltschutz eingesetzt. Unter dem Motto »Entdecken, Motzen, besser Machen« setzten sich die Teens mit kreativen Aktionen für erneuerbare Energien, den Erhalt von Lebensräumen, eine artgerechte Tierhaltung und in vielen anderen Bereichen ein.



Mit finanzieller Unterstützung des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes NRW wurden monatlich besonders engagierte Gruppen als »Zukunftsscouts des Monats« ausgezeichnet und prämiert. Neben attraktiven Preisen erhielten die Teens große öffentliche Anerkennung: In fast allen Städten überreichten die BürgermeisterInnen begleitet von der Presse persönlich die Preise und würdigten das Engagement.

»Zukunftsscouts des Monats« wurden unter anderem die BUNDspechte aus Jüchen für das Anlegen von Steilwänden als Brutplatz für Eisvögel. Prämiert wurde auch die Gruppe *Chicken Peace*, die sich nach dem Besuch eines Bio-Bauernhofs, auf dem Hühner artgerecht gehalten werden, zum Ziel setzte, andere Menschen über die Problematik der Massenhaltung von Hühnern zu informieren. Mit Flyern und viel Courage waren die drei Mädchen in der Wittener Fussgängerzone aktiv. Ausgezeichnet wurde zudem *Science for Future*, die BUNDjugend-Gruppe aus Euskirchen. Sie setzte erfolgreich durch, dass statt eines Parkplatzes mit Spielplatz ein naturnaher Erlebnisspielplatz gebaut wird.

Mehr Infos: unter www.zukunftsscouts.de und www.bundjugend-nrw.de.

Umwelt-Agenten in der Offenen Ganztagschule

Umwelt-Agenten! Im Auftrag der Natur!« schallt es durch die Eingangshalle der Astrid-Lindgren-Grundschule. Nachdem sich die zehn kleinen Agenten laut rufend begrüßt haben, streifen sie sich schnell ihre Sicherheitswesten über. Sie haben noch Großes vor. Gleich wollen sie den Park gegenüber der Schule unter die Lupe nehmen und – »beauftragt« von Willi, einem kleinen Regenwurm – den Lebensraum untersuchen. Wo lebt Willi genau? Warum ist er so wichtig? Was kann getan werden, damit er sich wohler fühlt? Fragen über Fragen, die die



Die BUNDjugend-Zukunftsscouts zeigen, wo's in Sachen Natur- und Umweltschutz lang geht.

Foto: BUNDjugend

Umwelt-Agenten in den nächsten Wochen beantworten wollen.

Umwelt-Agenten – so nennen sich die Kinder, die von BUNDlern ab Sommer 2008 in Offenen Ganztagschulen betreut werden. Der BUND NRW hat eine eigene Kampagne gestartet, bei der UmweltbildnerInnen in einer dreiteiligen Fortbildungsreihe für die Arbeit in der Offenen Ganztagschule geschult werden. Neben den Strukturen der Offenen Ganztagschule und Hinweisen zu Verträgen und Absprachen mit den Trägern geht es insbesondere um die optimale Gestaltung einer Betreuungseinheit und um pädagogische Tipps. Schwerpunktthemen der Umwelt-Agenten sind Artenvielfalt, Klima und Energie, Gesundheit und Ernährung und Spielort Natur. Die zukünftigen BetreuerInnen der Umwelt-Agenten werden vom BUND zudem mit Materialien und bei der Vermittlung an Schulen unterstützt und untereinander vernetzt.

In den ersten zwei Monaten seit dem offiziellen Start der Kampagne *Umweltbildung in der Offenen Ganztagschule*, die der BUND NRW aus Eigenmitteln trägt, haben sich bereits 70 Personen für das Fortbildungsprogramm als BUND-UmweltbildnerIn beworben.



BUND und BUNDjugend NRW haben sich zur Aufgabe gemacht, die Umweltbildung in der Nachmittagsbetreuung von Schulen zu stärken. Die erfolgreich angelaufenen Kampagne Umweltbildung in der Offenen Ganztagschule macht hierzu ein hochwertiges Umweltbildungsangebot.

Mehr Infos: www.umweltbildung-ogs.de

Picknicken, Puppen tanzen lassen und Theater machen für den Natur- und Umweltschutz



Eine reich gedeckte Tafel mit frischen bunten Salaten, knackigen Biobrötchen, duftenden Kuchen, Picknick-Decken und gut gelaunten Jugendlichen, die zusammen speisen und unermüdlich vorbei laufende Menschen einladen, sich dazu zu setzen. Was auf den ersten Blick noch gewöhnlich wirkt, löst auf den zweiten Blick Erstaunen aus. Denn dieses Picknick findet nicht im Grünen statt, sondern mitten auf einer vierspurigen Straße in der Bochumer Innenstadt, die sich mit der Fußgängerzone kreuzt. Es bringt den Verkehr zum Erliegen, der von der Polizei umgeleitet wird. Auf Flyern oder bei einem Kaffee erfahren die Passanten, dass sich die Jugendlichen gegen die massive Flächenversiegelung in NRW und den Verlust als Lebens- und Erholungsraum einsetzen. Dies ist nur eine Aktion der BUNDjugend NRW, mit der die Jugendlichen umweltpolitische Themen in die Öffentlichkeit tragen, Diskussionen anstoßen und Alternativen aufzeigen. Im vergangenen Jahr haben sie unter anderem 3,5 Meter hohe Großpuppen gebaut, um beim G8-Gipfel in Heiligendamm friedlich für eine gerechte Globalisierung zu demonstrieren. Sie machten Theater auf der Straße, um auf die Risiken des Klimawandels oder auf die Bedingungen von NäherInnen in Billiglohnländern hinzuweisen. In Essen ließen sie bei dem Riesenaktionsspiel WTO – Monopoly nach Regeln der WTO – die Würfel rollen. Für 2008 gibt es schon wieder viele Ideen – neue MitstreiterInnen im Aktivenpool sind immer willkommen!

Mehr Infos: www.bundjugend-nrw.de



Finanzen des BUND NRW e.V.

Politische Unabhängigkeit setzt eine eben solche im finanziellen Bereich voraus. Die klare politische Linie des BUND in Nordrhein-Westfalen ist nur möglich, weil der Landesverband keine institutionelle Förderung erhält und auf zweifelhafte Spenden verzichtet. Basis der Einnahmen des BUND-Landesverbandes sind die Beiträge der mehr als 20.000 BUND-Mitglieder in NRW. Lediglich das in der Rechtsform einer GbR organisierte und damit selbstständige Landesbüro der Naturschutzverbände in Oberhausen - Träger der GbR sind neben dem BUND die LNU und der NABU - erhält regelmäßige direkte Zuweisungen aus dem Landeshaushalt.

Woher kommen die BUND-Mittel?

Der BUND Landesverband NRW verfügte auch im Jahr 2007 über eine verlässliche finanzielle Basis. Die sicherste Unterstützung erhielt er dabei mit knapp EUR 555.000 über die Beiträge seiner Mitglieder. Dies ist die eigentliche Basis für zukunftsorientierte Natur- und Umweltschutzarbeit auf hohem fachlichen Niveau, kontinuierliche qualifizierte Öffentlichkeitsarbeit und die Realisierung innovativer Projekte.

Die Spendeneinnahmen und Bußgelder lagen im Jahr 2007 leider etwas niedriger als geplant. Der Landesverband hat dafür aber wieder Einnahmen aus Erbschaften erhalten.

Die Projektzuschüssen resultierten im Wesentlichen aus Förderungen, die der Landesverband unter anderem für seine Projekte *Zukunftsfähige Flächennutzung in NRW*, *Elektrosmog im Kinderzimmer*, *Wassernetz Plus*, für eine Reihe von Verbandsklagen sowie für diverse Seminare beantragt und erhalten hat. Förderinstitutionen für Natur- und Umweltschutzprojekte des BUND NRW waren hauptsächlich die Nordrhein-Westfälische Stiftung für Umwelt und Entwicklung (SUE), das NRW-Umweltministerium und die Natur- und Umweltakademie NRW (NUA). Hinzu kamen noch Förderungen für Projekte der Kreis- und Ortsgruppen. Eine institutionelle Förderung von der Landesregierung bekommt der BUND in Nordrhein-Westfalen nicht.

Die Einnahmen aus Vermögensverwaltung waren überwiegend Zinseinnahmen, z.B. aus der Beteiligung an der Windkraftanlage e³ in Geseke. Gemeinsam mit seinen Kreisgruppen legt der Landesverband

Mittel zu einem Teil in Form von Beteiligungen an vorbildlichen Pilotprojekten (Upländer Bauernmolkerei, Märkischer Landmarkt oder der internationalen Genossenschaft fairPla.net) an und unterstützt damit diese Projekte.

Wofür der BUND seine Mittel einsetzt

Fast 40% der Mittel flossen unmittelbar in Natur- und Umweltschutzprojekte, Fach- und Lobbyarbeit, Aktionen oder Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Hinzu kamen weitere 23 %, die an die BUNDgruppen und BUNDjugend weiter geleitet und dann ebenfalls für umweltpolitische Arbeiten und Naturschutzprojekte vor Ort eingesetzt wurden. Zusammen sind dies fast zwei Drittel der Gesamtausgaben des BUND NRW, die unmittelbar Natur und Umwelt zugute kommen.

Die Unterstützung und Betreuung der zahlreichen ehrenamtlichen Aktiven bei ihren Projekten und Aktivitäten sowie der ehrenamtlichen Gremien, in denen ein Großteil der Facharbeit des Verbandes stattfindet, schlug mit insgesamt etwa 10 % zu Buche.

Bei den Ausgaben für den Mitgliederservice handelt es sich überwiegend um die Erstellung und den Versand der Mitgliederzeitschrift *BUNDmagazin* mit dem Einhefter *NRWinfo* mit speziellen Informationen aus Nordrhein-Westfalen. Hinzu kommen die Beantwortung vieler fachlicher Anfragen aus der Mitgliedschaft zu diversen Umweltthemen. Für den



Wir über uns: Das BUND-Team 2007

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland setzt sich ein für den Schutz unserer Natur und Umwelt – damit die Erde für alle, die auf ihr leben, bewohnbar bleibt.

Der BUND engagiert sich – zum Beispiel – für eine ökologische Landwirtschaft und gesunde Lebensmittel, für den Klimaschutz und den Ausbau regenerativer Energien, für den Schutz bedrohter Arten, des Waldes und des Wassers.

Mit insgesamt etwa 400.000 Mitgliedern und Förderern ist der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland einer der großen Umweltverbände in Deutschland.

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen wurde im Jahre 1976 gegründet. Die Anerkennung nach dem Bundesnaturschutzgesetz erhielt der BUND NRW im Jahre 1981. Daraus ergeben sich besondere Beteiligungs- und Klagemöglichkeiten bei Planverfahren, die Natur und Landschaft beeinträchtigen.

Der Vorstand des BUND NRW arbeitet rein ehrenamtlich, ebenso wie die Mitglieder der Facharbeitskreise. Ein Team von derzeit neun hauptamtlichen MitarbeiterInnen koordiniert die Arbeit des Landesverbandes, führt Kampagnen durch, managt Projekte und sorgt für eine umfassende Betreuung der Mitglieder und Unterstützer.



Gemeinsam für Natur und Umwelt: Der BUND-Landesvorstand 2007

Der Landesvorstand:

Paul Kröfges, *Landesvorsitzender*

Bernd Meier-Lammering, *stellvertr. Landesvorsitzender*

Friedrich Ostendorff, *stellvertr. Landesvorsitzender*

Klaus Brunsmeier, *Schatzmeister*

Wolfgang Deuster, *Beisitzer*

Doris Eberhardt, *Beisitzerin*

Tina Korte, *BUNDjugend-Vertreterin*

Horst Meister, *Beisitzer*

Milena Pendzich, *Beisitzerin*

Prof. Dieter Schmalz, *Beisitzer*

Christine Zechner, *Beisitzerin*

BUND-Landesarbeitskreise gibt es zu den Themen:

- Abfall
- Atom
- Braunkohle
- Deregulierung
- Energie
- Heimische Orchideen
- Landwirtschaft
- Naturschutz
- Umweltchemikalien/Toxikologie
- Verkehr
- Wald
- Wasser

Ansprechpartner der Arbeitskreise und der etwa 180 örtlichen BUND-Gruppen sind in der Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0211 / 30 200 5-0, zu erfragen. Oder schauen Sie ins Internet: <http://www.bund-nrw.de>

Die Landesgeschäftsstelle:

Dr. Christoph Aschemeier, *Projekt WASSERNETZ NRW*

Rolf Behrens, *Sekretariat*

Dr. Jochen Behrmann, *Geschäftsleiter Organisation*

Ralf Bilke, *Kreis- und Ortsgruppenbetreuung/
Agrarpolitik*

Stephan Günthner, *Projekt Zukunftsfähige Flächen-
nutzung in NRW*

Kristina Grund, *Cash-Management,
Haushaltsüberwachung*

Dirk Jansen, *Geschäftsleiter Umwelt- und
Naturschutzpolitik, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit*

Claudia Reuter, *Büroassistentz*

Uschi Vennes, *Zahlungsverkehr/
Spendenbescheinigungen*



BUND-Medien

Mit jährlich etwa 5 Millionen »Hits« ist die BUND NRW-Homepage www.bund-nrw.de das meist genutzte Medium unseres Verbandes. Für 2008 planen wir einen umfassenden Relaunch.

Über das *NRWinfo*, unsere Mitgliederzeitschrift, erreichen wir regelmäßig alle unsere Landesverbandsmitglieder. Die Gesamtauflage lag in 2007 bei 65.600 Exemplaren, was einer geringfügigen Erhöhung gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Weiterhin informiert der BUND NRW regelmäßig über seine Reihen BUNDaktuell, BUNDhintergrund und BUNDposition.

Über den eMail-Verteiler des BUND NRW-Ticker erhalten unsere BUND-Mitglieder regelmäßig aktuelle Informationen aus unserem Verband, zu den Entwicklungen im Umwelt- und Naturschutz im Lande, Hinweise auf BUND-Seminare und sowie Termine. Alle Abonnenten erhalten neben exklusiven Sonder-Informationen tagesaktuell die Pressemitteilungen des BUND-Landesverbandes. (Anmeldung unter <http://www.bund-nrw.de/nrw-newsletter.htm>).



Der BUND in den Medien

Von seinem Selbstverständnis her ist der BUND der kritische Umweltverband in Nordrhein-Westfalen. Wir mischen uns ein, klären auf, zeigen die Alternativen, sind aktiv. Die große Fachkompetenz gepaart mit professioneller Presse- und Öffentlichkeitsarbeit machen den BUND zu einem begehrten Ansprechpartner für Zeitungen, Funk und Fernsehen.

Alle Pressemitteilungen im automatischen e-Mail-Abo: www.bund-nrw.de/nrw-presseabo.htm



BUND will weiter kämpfen



D. Jansen, BUND-Archiv

IMPRESSUM

Herausgeber:

Bund für Umwelt
und Naturschutz Deutschland
Landesverband
Nordrhein-Westfalen e.V.
Merowingerstr. 88
40225 Düsseldorf
Tel.: 0211/302005-0
Fax: -26,
e-Mail: bund.nrw @bund.net

V.i.S.d.P.:

Paul Kröfges, Landesvorsitzender

Redaktion & Layout:

Dirk Jansen

Mitarbeit:

Dr. Christoph Aschemeier,
Dr. Jochen Behrmann,
Ralf Bilke, Gabi Diethers,
Stefan Förster, Paul Kröfges,
Bettina Labesius,
Dr. Michael Luwe

BUND-Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln
BLZ: 370 205 00
Konto-Nr. 8 204 700

Nachdruck oder sonstige
Verwertung nur mit
Genehmigung des
BUND NRW e.V.

Der BUND im Internet:

www.bund-nrw.de

Düsseldorf, März 2008



Die Natur und die Umwelt brauchen Ihren Schutz. Deshalb gibt es den BUND. Werden Sie Mitglied.



**Werden Sie aktiv im BUND
oder unterstützen Sie unsere Arbeit
durch eine Spende:
Konto 8 204 700, BLZ 370 205 00,
Bank für Sozialwirtschaft, Köln**

**Mehr Infos:
www.bund-nrw.de**